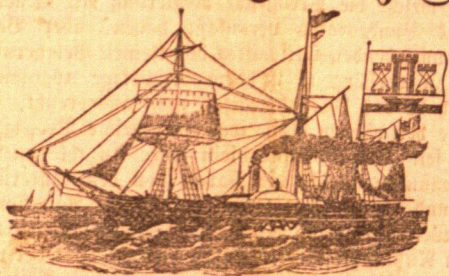


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-P.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-P. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-P.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-P.

N^o 40.

Memel, Sonntag, den 16. Februar.

1879.

Donnerstag, den 20. Februar, Nachm. 4 Uhr, Sitzung der Stadtverordneten.

Zum Vortrage kommen: Revisions-Protokolle der
städtischen Kassen; Antrag des Magistrats auf Bewilligung
einer Alterszulage zu einem Lehrergehalt; Anzeige des
Magistrats betr. die öffentliche Prüfung in den städtischen
Schulen; Commissionsbericht betr. die Theilung der Se-
cunda im Gymnasio; Rückäußerung des Provinzial-
Schul-Collegiums auf das Seitens des Magistrats ge-
stellte Gesuch um Zuschuß zur Unterhaltung des Gym-
nasiums; Antrag auf Erlass einer Resolution gegen die
beabsichtigte Zollaufhebung auf Getreide, Eisen und Kohlen;
Unterstützungsgesuch einer Lehrerr Wittwe.

C. Fr. Zacher.

Tagess-Chronik.

Den 17., Abends 8 Uhr, im Restaurant Müller
Generalversammlung des Handwerker-Vereins; 8 1/2 Uhr
im Restaurant Masunat Kameradschaftliche Versammlung.

Thronrede und Wirtschaftspolitik.

Um nur eines, aber das wichtigste Moment aus der
Thronrede, womit Se. Majestät den Reichstag eröffnete,
hervorzuheben, soll hier der Frage und Anklage gedacht
werden, welche durch den betreffenden Passus hindurch-
klingt, als ob die bisherige Freihandels-Politik es
gewesen sei, welche das Mißgeschick der Zeit herbeigeführt
und all die Uebel- und Mißstände beschuldete habe, welche
Handel und Gewerbe so schwer belasteten, und unser wirt-
schaftliches Leben so maßlos zerrütteten.

Allen Respekt vor dem Kaiserwort, das wir nicht
drehen und deuten, sondern ganz so nehmen wollen, wie
es gesprochen ist; allen Respekt vor dem Kaiserwort, aber
diese Meinung können wir nimmermehr zu der unsern
machen, weil wir uns von der Wahrheit derselben nicht
überzeugen können. Es mag ja sein, daß wir das Prinzip
der directen Besteuerung zu scharf geritten und ge-
heßt, seine Konsequenzen zu eifrig verfolgt haben, es mag
ja sein, daß auf diesem Wege, wenn nicht eine Umkehr,
so doch eine Rückkehr stattfinden müsse, allein das hat
mit dem Freihandelsystem nichts zu thun. Am wenigsten
wollen wir, vermöge einer gewissen Vorliebe für indirekte
Steuern uns auf die Seite Derer schlagen, die in den
bittersten Klagen gegen das Freihandelsystem sich ergehen
und ihm alle Schuld an unserem wirtschaftlichen Miß-
geschick beimeßen.

Diese Klage, welche überall gehört wird, im gegen-
wärtigen Augenblicke besonders das ehemals so eifrig und
ungestüht freihändlerisch gesinnte England durchdringt, hat
nunmehr auch in der Thronrede des Kaisers ihren Wider-
hall gefunden. Ist es wahr? Hat das Freihandels-
system uns in so schwere Calamitäten gestürzt, unseren
Handelsverkehr gelähmt, unsere Industrie getödtet, unsern
Wohlstand geknickt und alle wirtschaftlichen Zustände
in's Schwanken gebracht? Wir glauben das nun und
nimmermehr, aus dem einfachen Grunde schon nicht,
weil diese Calamität eine ganz allgemeine ist und alle
Staaten gleichmäßig heim sucht.

In der Geschäftswelt ist's nicht viel anders wie im
Kartenspiel, es wird nicht leicht etwas verloren; was der
Eine verliert, gewinnt der Andere. Wenn — was nicht
geleugnet werden soll — wir so unbändig viel verloren
haben — wer hat's gewonnen? Wir sollen durch den
Freihandel unsere Industrie so schwer geschädigt haben,
daß sie mit der Industrie anderer Nationen selbst auf
heimathlichem Boden nicht mehr concurriren kann; zeigt
uns doch den Gewinn, den die fremde Industrie dabei
dabongetragen hat. Diese fremde Industrie hätte doch
nothwendig dabei reich werden müssen, da sie ja unsere
und ihre Heimath beherrschte und allein allen Gewinn
zog und sog. Betrachten wir jedoch die fremde In-
dustrie, betrachten wir vor Allem das gewerkschaftliche,
alle Welt mit seinen Erzeugnissen überschwemmende
England — seine Industrie ist eben so nothleidend wie
die unsrige, seine Calamität so groß wie die unsrige,
seine Handelskrisis so schwer wie die unsrige, und darum
auch seine Klagen und Anklagen eben so lautend wie die
unsrigen, und darum seine Beschuldigungen des Frei-

handels eben so sehlgreifend wie die unsrigen. Und wie
in England so ist es in Frankreich, und wie in Frank-
reich, so ist es in dem bisher stark schutzzöllnerischen
Nordamerika, der übrigen Staaten nicht zu gedenken.

Der klügste Stand der Welt ist ohne Frage der
Handelsstand. Er ist klug wie der Selbsterhaltungs-
trieb, klug wie jenes Darwinsche Anpassungsvermögen,
welches zwar nicht den Elephanten dem Mausloch aber
nach und nach das Mausloch dem Elephanten anpassen
kann, indem durch dieses Vermögen das Mausloch sich
immer weiter zu dem Elephanten hinauf entwickelt und
erweitert. Aber jene gar merkwürdige instinctive Klug-
heit des Handelsstandes dauert nicht länger, als Alles
zum Vortheil ausschlägt oder doch wenigstens die Ver-
hältnisse noch einigermaßen erträglich sind. Zu Zeiten
des Mißgeschicks, wo sie doch ganz besonders am Plage
wäre, verliert sich diese Klugheit; der Instinct wird
irre, fängt an zu tasten, zu experimentiren, bis er end-
lich ganz und gar aus dem rechten Gleise geräth. Die
besten Köpfe haben wir so in unseren Zeiten wirtschaft-
lichen Nothstandes irre werden und verkehrte Bahnen
einschlagen sehen. Springen aber diese Leithammel in's
Wasser, springt ihnen ganz gewiß die ganze Herde nach,
und was die ganze Herde thut, warum soll man das
nicht als das Wahre und Beste annehmen und selbst
bis in die höchsten Kreise als solches anerkennen, zumal
es daselbst den von jeder gehegter gewaltthätigen Regungen
begegnet? Ein schutzzöllnerischer, handelsfeindlicher Zug
und Hing geht jetzt durch die Welt und dieser blinden
Mißverständnisse Gewalt bringt uns die Besten aus dem
rechten Gleise.

Der Freihandel, das Beste, sittigende, culturfreund-
liche Element, das die Nationen und Regionen besser
und fester verknüpft als alle Humanität und Aufklärung,
das die Reime der Cultur und des Wohlstandes überall
hin, bis in die entferntesten Enden der Erde austreut
— dieser Freihandel soll alles Uebel und Ungemach ver-
schuldet haben; es war aber gar nicht der Freihandel,
sondern der freie, entfesselte Schwindel, die Sucht Alles
in der Welt in Waare und Werth umzusetzen und selbst
da große und unerschöpfliche Werthe vorzuspiegeln, wo
nichts war als die kahle Sterilität und das vergoldete
Nichts. Nichts als der furchtbare Schwindel,
welcher die Welt Herrschaft eine Zeit lang vollkommen an
sich gerissen hatte, hat uns ins Unglück gestürzt.

Doch nein! Selbst so viel wollen wir noch gar nicht
zugeben, wozu ein jedes Ding nach dem Maße des
Schlechtes beurtheilen, da es eben so gut auch seine gute,
zum wenigsten entschuldbare Seite hat, welche uns zur
Erläuterung und Erklärung der Sache dienen kann.
Es war vielleicht weniger der Schwindel als vielmehr
die grenzenlose Vertrauensseligkeit, welche sich der Welt
bemächtigt hatte und alles was gleiste für wirkliches Gold
nahm. Wenigstens erklärt sich auf diese Weise am besten
und zutreffendsten der furchtbare Rückschlag, welcher auf
die Schwindelperiode folgte und alles Geschäft und alle
Industrie lahm legte, welcher Rückschlag vorzugsweise in
dem grenzenlosen Mißtrauen begründet zu sein scheint,
welches gegenwärtig der Welt sich bemächtigt hat.

Freilich war diese Schwindelperiode, wie allgemein
zugestanden wird, nur möglich auf Grund des Frei-
handelsystems. Aber gerade das ist für uns der
Hauptbeweis, daß das Freihandelsystem das richtige ist.
Ein System, welches ein solches Uebermaß, solch geile
Aufschüsse und Auswüchse erzeugen konnte, das wird auch
allein im Stande sein, bei weisem und mäßigem Gebrauch
die größte und höchste Fruchtbarkeit zu erzeugen. Bleiben
wir darum auf den einmal eingeschlagenen Bahnen; die
Zeit der größten und höchsten Fruchtbarkeit, gezeitigt durch
das Freihandelsystem, wird nicht ausbleiben.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 15. Februar.

Die politische Welt bietet im Großen und Ganzen
nicht gerade das freundlichste Bild. Bei uns daheim
sieht's ja auch noch nicht gar rosig aus, aber ein Artikel
blüht, gedeiht doch im Deutschen Reich, und das ist der
Parlamentarismus. In Baden, Bayern, Württemberg und
in manchen kleineren Bundesstaaten tagen noch die Par-

lamente, in Berlin aber sitzen die größten Volksvertretungs-
körperschaften neben einander — Reichstag, Abgeordneten-
haus und Herrenhaus. Die Mitglieder des Reichstages
und des Abgeordnetenhauses — und es giebt gar so viele
solcher Doppeldeputirten — müssen Niesenkräfte aufwen-
den, wollen sie ihrer schwierigen Aufgabe gerecht werden.
Namentlich die Vortragsführer der Parteien, Lascher, Windt-
horst-Meynen, Eugen Richter, Schorlemer-Alst, Hänel,
Gneist, Miquel, Bethusy-Huc etc. gehören ja beiden
Körperschaften an. Gleich die erste Geschäftssitzung des
Reichstages gab zu harten Kämpfen Anlaß und nahmen
mehrere Stunden in Anspruch. Die Präsidentenwahl,
die sonst stets beim Sessionswechsel innerhalb derselben
Legislaturperiode in wenigen Minuten sich vollzog, die
sonst stets per Acclamation erledigt wurde, gestaltete
sich diesmal zu einem Duell zwischen den Parteien.
Die Conservativen, die doch bei der vorigen Reichstags-
Session nur die Stelle des ersten Vice-Präsidenten
präsenbirten, stellten diesmal ihren Herrn v. Seidenitz
dem Herrn v. Jordanbeck gegenüber und so machte schon
die Wahl des ersten Präsidenten eine langwierige Wahl-
ceremonie nothwendig. Ausüß auf einen Sieg hatten
die Conservativen hier freilich nicht, denn sie hatten doch
die Fortschrittspartei, die Nationalliberalen und das Centrum
gegen sich, aber um des „Prinzips“ willen traten sie in
den Kampf. Die ganze Präsidentenwahl nahm mehrere
Stunden in Anspruch. Ein harter Anfang!

Die Nachricht von der furchterlichen Niederlage der
Engländer im Zulu-Kriege hat mit eins Leben und Be-
wegung gebracht in die träge Masse, hat da ein Bild
des buntesten Getummels hervorgerufen, wo soeben noch
die vollkommenste Ruhe geherrscht. Aber es wird nicht
etwa über den Zulu-Krieg debattirt. Im Gegentheil. Um
dies zu vermeiden, um die Debatte über die Nieder-
lage zu verdrängen, zu ersticken, hat die Englische Re-
gierung das ganze Arsenal von unerledigten Fragen ge-
öffnet, hat alles aus eigener Initiative zur Diskussion
gestellt, was irgend die intimesten Interessen der Engländer
berührt. Da werden, angeregt von den Organen
der Regierung, große leidenschaftliche Disputationen über
Freihandel und Schutzoll veranstaltet, da werden die militä-
rischen Erfolge in Afghanistan aufs Neue und auf das Pomp-
hafteste herausgestrichen, da wird laut über die Vertheilung
der Kriegskosten zwischen England und Indien debattirt
über die orientalische Anleihe und die Garantie Englands,
über den Ankauf der türkischen Staatsgüter auf Cypern,
über die Pest und die vielen Schiffsunfälle. Das alles
aber hat keinen anderen Zweck als den, die Aufmerksam-
keit von dem Unglück im Afrikanischen Kriege abzuziehen.
Diesem Bestreben der Londoner Regierung kommt das
Unglück des Landes trefflich zu statuten. Die wirtschaft-
liche Misere ist so groß, daß sie den Blick abzieht von
der politischen. Der „Kraach“ wüthet in England grau-
samer als je bei uns, und jeder Tag bringt Kunde von
neuen Fallschüssen, von neuen starken Lohnherabsetzungen,
von neuen Arbeitseinstellungen wegen allzu starker Lohn-
reduktionen, und viele Fabriken beschränken ihren Betrieb
oder stellen ihn ganz ein.

Die Bewegung in der Französischen Staatsanwalts-
schaft und in der Besetzung des Corpscommandos, zu der
Mac Mahon sich nicht entschließen konnte, die Ursache so
großer Wandlungen, ist eine vollbrachte Thatsache. Grévy
hat pünktlich Wort gehalten und dem neuen Justizminister
seine Zustimmung zu Veränderungen an 17 Gerichtshöfen
des Departements, an den Gerichten und am Appellhofe
in Paris erteilt. Diese tiefgreifende Umgestaltung bildet
in Verbindung mit jener in den Corpscommandos und
dem der Deputirtenkammer vorgelegten Gesetzentwurf über
die Amnestie den Anfang der Leistung der „Bürgschaften“,
welche Grévy versprochen hat. Die Maßregeln zeugen
von einer Energie, die den Gegnern der Republik impo-
niren muß, wenn sie dieselben auch nicht einschüchtern
und abhalten wird, so viel Schlimmes von den jetzigen
Machthabern und Führern der Mehrheiten im Parlament
wie möglich zu reden und zu schreiben. Grévy's Amnestie
ist Leuten wie Emil Girardin noch lange nicht freisinnig
genug, aber die France ist wenigstens so ehrlich, zu be-
kennen, daß der Gesetzentwurf die einzige Möglichkeit der
Annahme durch die Kammern habe; die vollständige Am-

neftie werde an dem Widerstande der Mehrheit scheitern. In der Begründung des Amnestie-Gesetzes wird betont, daß die Republik stark genug sei, um Milde üben zu können, selbst gegen diejenigen, die ihr zu Anfang ihres Bestehens das Lebenslicht auszublasen versucht hatten; der Aufstand vom 18. März 1871 sei eins der größten Verbrechen gegen die Volkshoheit gewesen; aber nachdem Gerechtigkeit geübt und Fürsorge für die Bedürfnisse der Ordnung getroffen, könne Vergeben und Vergessen gegen diejenigen geübt werden, welche mehr Verirrte als Verbrecher seien und sich von den Verhältnissen fortreißen ließen. Was 1876 nur die Zustimmung der Deputiertenkammer erhalten habe, ein Gesetz, das alle eingeleiteten Verfolgungen wegen Theilnahme am März-aufstande aufheben sollte, werde hoffentlich jetzt auch die Zustimmung des Senats erhalten.

Fern im Süd das schöne Spanien, so heißt es im Liede und so verhält es sich in Wirklichkeit. Trotz seiner französischen Nachbarschaft, trotz seiner reichen Künstenentwicklung hat sich dieses dem modernen europäischen Bewußtsein fast fremd gegenüberstehende romantische Land einen insularen Character zu bewahren gewußt. Nur erinnern von Zeit zu Zeit gewisse galvanische Zuckungen daran, daß noch Leben in diesem erstarrten Volkskörper pulst. Die Reise des Marschalls Serrano nach Andalusien hat plötzlich den Schleier von den revolutionären Umtrieben gezogen, deren Heerd der Süden Spaniens seit zwei Jahren ist. Schon hat das Cabinet Canovas mit Zustimmung des Königs Befehl gegeben, den Herzog festzunehmen, ohne daß es selbst zu entscheiden weiß, ob es zu diesem Schritte noch die nötige Autorität besitzt. Die Regierung sieht heute fast machtlos vor den Südprowingen und vor der Mehrzahl der Generale, die fast alle mit Serrano conspiriren.

Die Mitglieder der **Bulgarischen Notabeln-Versammlung**, welche am 22. d. M. eröffnet werden soll, machen sich bereits auf den Weg nach Tirnowa; auch die ad hoc delegirten Consuln der Mächte treten bereits die Reise von Sophia nach Tirnowa an. Die Stimmung der Bulgaren wird inzwischen für die Russen immer ungemüthlicher. Ein Correspondent der Russischen Petersburger Zeitung in Jeni-Saghra schreibt: „Die Bulgaren äußern sich überall ganz offen gegen uns Russen. Sie sagen, daß sie verführt worden sind und daß die Russen ihnen nur „alles Böse“ gebracht haben. Es gehe ihnen jetzt hundertmal schlechter als früher.“ Der Correspondent selbst giebt das Letztere indirect zu, indem er hinzufügt, daß die Bulgaren es früher gar nicht so schlecht gehabt haben, als die Russen glaubten. Wenn die Russischen Behörden von ihnen etwas fordern, antworten die Bulgaren stets: „Die Türken haben derlei von uns nie verlangt“ — und erklären schließlich, daß es so länger nicht dauern könne.

Deutsches Reich.

— **Berlin, 14. Februar.** [Aus dem Landtage.] Das Abgeordnetenhaus setzte heute in der 53. Plenarsitzung die Berathung der Eisenbahnresolution fort. Abg. Richter (Hagen) plaidirt für Annahme der Kommissionsvorschlüge, die sich mehr der Finanzlage des Landes anpassen, als die des Abg. Lasker. Regierungs-Commissar Rehsfeldt bekämpft die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter, namentlich betreffs der Rentabilität der Staatsbahnen. Abg. Frhr. v. Hammerstein erklärt sich für das Staatsbahnsystem, zieht aber seinen Antrag, die Regierung zu energischem Vorgehen in dieser Beziehung aufzufordern, zurück. Nachdem noch Abg. Frhr. v. Heeremann ausgeführt, daß ein absolutes Staatsbahnsystem gefährlich sei, wird unter Ablehnung des Antrages Lasker und des Theils der Resolution, der sich gegen den Ankauf von Vollbahnen ausspricht, der Rest der Resolution betr. die Secundärbahnen mit großer Majorität angenommen. — Es folgt die Berathung der Resolution IV und V nach den Kommissionsvorschlägen, welche von der Quotisirung der Klassensteuer und der Verwendung etwaiger Mehreinnahmen des Reiches handeln. Minister Hobrecht erklärt seine volle Zustimmung zu dem Staatsbahnsystem und theilt dann auf Grund Allerhöchster Cabinetsordre mit, daß etwaige Mehreinnahmen des Reiches entweder an Kommunalverbände überwiesen oder zur Verminderung der Klassensteuer angewendet werden sollen. Abg. v. Rauchs haupt beantragt eine entschiedene Zustimmung zu den Steuerplänen im Reich und zu der oben angeordneten Verwendung der Mehreinnahmen: Abg. v. Limburg-Stirum tritt für diesen Antrag ein und bekämpft zugleich energisch die Resolution IV (Quotisirungsfrage), welche die Rechte der Krone antaste. Abg. Dr. Hänel spricht gegen die Resolution V; man dürfe zu den ungerechten Steuerplänen des Kanzlers sich nicht im mindesten zustimmend verhalten. Abg. v. Minnigerode tritt für motivirte Tagesordnung betreffs beider Resolutionen ein und Abg. Graf Bethusy erklärt, für beide Resolutionen stimmen zu wollen, wenn er sie auch für opportun halte. Bei der Abstimmung werden die Resolutionen IV und V (letzte zusammen mit einigen Amendements der Abg. v. Guene und Lauenstein) und sodann auch VI, worin die Regierung aufgefordert wird, den Reichsetat früher als den Preussischen Etat zu stellen. — Morgen: Schiedsmannsordnung, Verwaltungsdienstgesetz, Lehrerpensionen etc. — Das Herrenhaus nahm zunächst die 2. Abstimmung über das gestern berathene Wassergesetz vor und genehmigte das Gesetz über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Ferner nach kurzer Diskussion das Anleihegesetz für Verbesserung Märktlicher Wasserstraßen, das Gesetz über die Abänderung des hannoverschen Creditanstaltgesetzes und

Schritt dann zur Berathung von Petitionen; unter den letzteren befand sich auch die Petition der Architektengenieure u. s. w. wegen der wissenschaftlichen Vorbildung der Stabirenden dieser Fächer. Nach längerer Diskussion wurde denn auch hier ähnlich dem Beschluß des Abgeordnetenhauses die Petition durch Tagesordnung erledigt und somit der Erlaß des Handelsministers vom 1. November 1878 gutgeheißen. Schluß 4 Uhr 20 Minuten. Montag 11 Uhr nächste Sitzung.

— **Berlin, 14. Februar.** Die Darlegung der Gründe, welche die Preussische Regierung mit Genehmigung des Bundesraths veranlaßt haben, über Berlin und die umgebenden Ortschaften den kleinen Belagerungszustand zu verhängen, ist dem Reichstage zugegangen. Danach habe das Ausnahmegesetz nicht ausgereicht, weil an Stelle der offenen Agitation die geheime Propaganda getreten sei. Das Vorhandensein einer Anzahl von Bertramsmännern, welche die Parole von den Führern erhielten und so in Privatgesellschaften die Agitation in ruhiger Weise fortgesetzt hatten, habe die Gefahr der vollständigen Nutzlosigkeit des Gesetzes vom 21. October v. J. nahegelegt. Ebenso habe das Sammeln von Beiträgen zum Unterhalte geschäftsmäßiger Agitatoren in alter Weise fortgedauert, gleichwie eine Verbindung mit den Russischen Nihilisten und ausländischen Radikalen constatirt werden müsse. Diese Bedenken hätten um so dringlicher die Verhängung der scharfen Maßregeln veranlaßt, weil die Person des Königs, dessen Rückkehr bevorstand, im hohen Grade gefährdet schien. — Man liest die kurze Darlegung zu Ende und wartet vergebens auf ein Argument, welches nicht schon früher in den Ausführungen des Ministers Eulenburg die Rolle eines Grundes übernommen hätte. Wenn das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Person Sr. Majestät des Königs der Staatsregierung die scharfe Maßregel nahe legte, so müssen die Herren Minister ja am besten wissen, in wie weit gerade damals dies Gefühl engagirt war. Alles, was des Weiteren zur Entschuldigung gesagt wird, erhebt sich nicht über das Niveau gleichgültiger, allerdings dem Ministerium naheliegender Behauptungen. Auch auf die Uebersiedelung Hasselmanns wird als auf einen Beweis, daß die ganze Agitation sich in Berlin concentrirte, verwiesen, wiederum hingewiesen, obwohl es doch bekannt ist, daß Hasselmann bereits 6 Monate vor der Ernennung des Belagerungszustandes nach Berlin gekommen ist. Die „Geheime Propaganda“ trägt auch heute noch ihr Refcript, weil der Belagerungszustand eben auch nur ein Polizeimittel ist und sie wird unbehindert weiterwirken. Wollte die Regierung „die Schule“ schließen, so hat sie dies gethan, verspricht sie sich aber Wirkung von dieser Maßregel, so mag sie auch hier die kommende Generation erweitern, d. h. die Belagerungszustand eben so lange bestehen lassen. Ob sie dies im Sinne hat, wissen wir nicht, daß es aber ein unhaltbarer gefährlicher Zustand wäre, daß wird auch der verständigste Reactionär wissen. Der Reichstag wird seine Kritiken üben, das wird Alles sein, was ihm zu thun noch übrig bleibt. Zur Sache selbst aber melden wir noch, daß wir es wohl begreifen, wenn die Herren Minister im Gefühle persönlicher Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Kaisers von jedem gesetzlichen Schutzmittel Gebrauch machen. — Redner verlangen aber auch, daß sie dies unumwunden eingesehen und nicht nach Gründen suchen, die doch nur dazu angethan sind, den wahren Grund abzuschwächen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 14. Februar. Der Kaiser empfing gestern Vormittag den General von Schachtmeier und andere höhere Militärs, nahm den Vortrag des Hofmarschalls Perponcher und des Geheimen Hofraths Vork entgegen und arbeitete mit dem Kriegsminister von Ramecke und dem Generalmajor von Albedyll.

— Der Schluß der Landtagsession ist auf Ende der kommenden Woche festgesetzt.

— Es sind Nachrichten von Sr. Maj. Kanonenboot „Cyclop“, 4 Geschütze, Kommandant Capitain-Lieutenant von Schuckmann I., d. d. Zientfin, 14. Dezember 1878, eingetroffen.

Solingen, 13. Februar. Bei der heute stattgehabten Wahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Bürgers wurde der Geh. Commerzienrath Heimendahl in Crefeld mit großer Majorität gewählt.

Stuttgart, 14. Februar. Dem Vernehmen nach hat sich die königliche Centralstelle für Landwirthschaft in ihrer gestrigen Sitzung für die Einführung von Kornzöllen ausgesprochen.

Leipzig, 14. Februar. Die zur Untersuchung des Standes des Wassers in den Kohlengruben bei Dux und Ossegg und der hiesigen Heiquellen von dem Ministerium abgeordneten Geologen, Professor Laube und Bergath Wolf sind hier eingetroffen. Dieselben haben sich nach eingehender Prüfung dahin ausgesprochen, daß die gesunkene Urquelle in dem Stadtbade nicht verloren, vielmehr baldige Aussicht auf die Wiederherstellung der früheren Leistungsfähigkeit derselben vorhanden sei. Der Wasserstand in den Kohlengruben bei Dux und Ossegg ist noch im Steigen begriffen.

Petersburg, 14. Februar, Vormittags. Telegramm des Grafen Loris-Melikoff an den Minister des Innern aus Jarizyn vom 12. d. Der Gouverneur von Astrachan meldet unter dem heutigen Datum, in dem inneren halb des Quarantänekreises gelegenen Dorfe Kamenny-jar seien zwei Todesfälle vorgekommen, an den übrigen Punkten befänden sich dagegen weder Tode noch Erkrankte. Zur Feststellung der Krankheitsart in Kamenny-

jar ist sofort ein Arzt dorthin geschickt, welcher nöthigenfalls die Isolirung der Kranken von den Gesunden bewerkstelligen und die erforderlichen Maßregeln für das ganze Dorf treffen soll. Nach vollständiger Ausführung der beabsichtigten Maßregeln zur Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs, des Fischhandels und der Transporte reise ich sofort nach Astrachan. Hier ist schon den dritten Tag Thauwetter und ist hierdurch überall Schmutz entstanden. — Der Zustand des Professors Jakob hat sich abermals verschlimmert.

— **14. Februar.** Der „Golos“ veröffentlicht folgende Depesche aus Jarizyn vom 13. d.: Es wird aus Sanitätsrückichten beabsichtigt, das Generalgouvernement in drei Kreise zu theilen und an die Spitze eines jeden Kreises eine besondere Persönlichkeit aus dem ärztlichen Personal zu stellen. Auch dem Generalgouverneur soll ein beratendes Sanitätscomité beigegeben werden. Die Saratow'sche Quarantäne wird östlich bis Prischib vorgeschoben, und von dort bis zur Drenburger Grenzwahe geführt werden. Westlich wird dieselbe von Zwanowka bis zur Donschen Grenzwahe gezogen werden. Das Thauwetter nimmt zu.

London, 13. Februar, Nachts. Im Oberhause gab Graf Beaconsfield und im Unterhause der Schatzsekretär Northcote identische Erklärungen ab, in welchen sie ihr Bedauern über die Niederlage der Englischen Truppen am Kap aussprachen und zugleich hervorhoben, daß die Regierung entschlossen sei, die Scharte wieder auszuweken. Was die Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages angehe, so würde dieselbe in befriedigender Weise fortgesetzt. Die Russischen Truppen hätten bereits mit der Räumung des von ihnen besetzten Gebietes begonnen und würde dieselbe voraussichtlich zu der durch den Vertrag festgesetzten Zeit beendet sein. Hinsichtlich Cyperns constatirten Beaconsfield und Northcote, daß die Regierung die dortigen Staatsdomänen angekauft habe und jährlich 5000 Pfund Sterling für dieselben zahle. Was die Expedition gegen Afghanistan anlange, so sei der Zweck derselben erreicht; der Schutz der nordwestlichen Grenze und die Wahrung der Unabhängigkeit Afghanistans seien jetzt möglich.

Im Unterhause erklärte Schatzkanzler Northcote auf eine Anfrage Mure's, die Regierung habe sich niemals geweigert, Verstärkungen an Truppen nach dem Kap zu entsenden, sobald solche verlangt worden seien. Northcote nahm sodann Gelegenheit, die Erklärungen Beaconsfield's bezüglich der Niederlage der Englischen Truppen im Kaplande zu ergänzen und führte aus, daß dieselbe keine militärische Niederlage sei, entsprungen aus Mangel an Energie. Es empfehle sich, das Urtheil über jenen Vorfall bis nach Eingang der Details zu suspendiren; die Bravour der Truppen sei lobenswerth gewesen. Von den bezüglichen Schriftstücken seien einige bereits vorgelegt worden, andere würden in kürzester Zeit folgen. Was die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten angehe, so könnten dieselben als befriedigend angesehen werden. Die Ausführung des Berliner Vertrages, den alle als die Basis eines dauerhaften Friedens ansehen müßten, habe einen regelmäßigen und sichern Fortgang genommen. Der Russisch-Türkische Vertrag sei ebenfalls unterzeichnet und hätte die letzten Spuren des Vertrags von San Stefano beseitigt. Die Russischen Truppen hätten bereits die Räumung des okkupirten Gebietes begonnen. Der Gebietsaustausch zwischen den Kriegführenden sei vollkommen durchgeführt und Podgoriza ohne jedes Blutvergießen übergeben worden. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sei ausgeführt worden, beide Provinzen befänden sich vollkommen ruhig; die Pacificirung Kretas sei vervollständigt worden. Die Unterhandlungen hinsichtlich der Regulirung der Grenze Griechenlands hätten dem Berliner Vertrage gemäß begonnen. — Auf verschiedene weitere Bemerkungen erklärte Northcote, die Regierung beabsichtige nicht, ein Spezialbudget für Cypern vorzulegen; sie wünsche sehr, nicht eine baldige Ordnung der Gerichtsverwaltung Cyperns. — Was Ostrumelien anlange, so sei vorgeschlagen worden, nach dem Abzug der Russischen Truppen eine anderweite Besetzung desselben vorzunehmen. Desterreich und England hätten im Allgemeinen diese Idee gebilligt, die übrigen Mächte hätten sich in dieser Angelegenheit indifferent verhalten; die Sache sei nicht über den Punkt hinausgelangt, den sie bereits auf dem Berliner Kongresse erreicht hätte. Betreffs der Bestreitung der Kosten für den Krieg in Afghanistan habe die Indische Regierung vorgeschlagen, England solle auf eine Reihe von Jahren 2 Mill. Pfd. Sterl. zinsenfrei vorschießen. — Im Verlaufe der Sitzung beantragte Nolan eine Resolution, in welcher der Regierung ein Tadelvotum ausgesprochen wird, darüber, daß seitens derselben bezüglich der Trischen Verhältnisse keinerlei Mittheilung gemacht worden sei. Der Generalsekretär von Irland, Lowther, vertheidigte die Haltung der Regierung betreffs Irlands und erklärte, die Universitätsfrage könne nur behandelt werden, wenn die Regierung mit einiger Sicherheit darauf rechnen könne, daß die Bill durchgehen würde; bis jetzt sei keine Aussicht vorhanden, die Bill bezüglich der Bodenbesitzfrage in Irland durchzuführen. Der Marquis von Hartington glaubt, daß die Irländer allerdings Grund zu manchen Beschwerden hätten, doch empfehle er den Antrag Nolan's zurückzunehmen. Der Antrag wurde schließlich mit 72 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Im Oberhause wies Graf Beaconsfield den Vorwurf zurück, daß der Sultan nicht aufrichtig verfare und zur Durchführung der Reformen unfähig sei. Die Reformen seien bereits durchgeführt, über weitere Arran-

gemeints werde verhandelt. Alle Staatsdomänen auf Cypem, mit Ausnahme der Privatbesitzungen des Sultans, befanden sich im Besitze der Englischen Regierung. Die Einkünfte aus Cypem im ersten Jahre der Verwaltung würden nicht nur die Kosten der Civilverwaltung decken, sondern noch einen bleibenden Ueberschuss ergeben. Beaconsfield sprach sich ferner lobend über die Energie und das Geschick Layards aus. Weiter bedauerte er, daß er in Folge der Anstrengungen leidend sei und einen kurzen Urlaub nehmen müsse. Er hoffe, daß der Rothstand in England bald abnehmen werde. Unter den angekündigten Gesetzentwürfen befinden sich Entwürfe betreffend die Militärdisciplin, betreffend die Strafprozeßordnung, ferner ein Bankrotgesetz, ein Bankgesetz, ein Gesetzentwurf über die Verwaltung der Grafschaften und andere.

Telegraph. Dep. des Memeler Dampf.
Kopenhagen, 15. Februar. Die Dampfschiffahrt Kiel-Korsør ist wieder aufgenommen.

Locales.

Memel, den 15. Februar.
* [Militärisches.] Der bisherige Commandeur unseres Jäger-Bataillons, Herr Oberst-Lieutenant v. Versen, hat den von ihm nachgefolgten Abschied erhalten.

— [Unjere Stadt-Kapelle.] Seit Kurzem ist in der Stadt das Gerücht verbreitet, Herr Musik-Director Koedel werde zum 1. April c. seine Kapelle auflösen. Dieses Gerücht beruht entweder auf Irrthum, Mißverständnis oder müßiger Erfindung. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist dem nicht so. Am 1. April c. verlassen allerdings einige Mitglieder der Koedelschen Kapelle ihr Engagement, da ihre Contracte dann abgelaufen sind, werden aber schnell thätlich durch neu engagierte Musiker ersetzt werden. Der alte Stamm verbleibt und Herr Koedel ist so im Stande, auch fernerhin, ohne Unterbrechung, den an ihn als Dirigent der Kapelle gestellten Anforderungen vollständig zu genügen.

* [Zur Interessante Darstellung.] Der akademische Maler Herr Petersen aus Königsberg, der mit Herrn Professor Benedek daselbst, photographische Bilder aus dem Gebiete der Naturwissenschaft gefertigt hat wird in etwa acht Tagen hierherkommen und diese Bilder projectirt mittels des Sciopticons (einer verbesserten Laterna magica) vorführen. Derselbe wird nur solche Sachen wählen, die dem großen Publikum wenig zugänglich sind. Beispielsweise wird er die Himmelskörper: als Sonne, Mond, Sterne, Kometen u., sowie die Entstehung und Veränderung der Erde, bis auf unsere Zeit, dann die Entwicklungsgeschichte des Thums im Ei resp. der Fische, ferner mikroskopische Ansichten von niederen Thieren, dann Trichinen in verschiedenen Stadien, sowie menschliche Parasiten, etwas aus der Botanik und zuletzt die Reise um die Welt, durch verschiedene Landschaften repräsentirt, vorgehen und erklären. Es sind das alles Sachen, die das Publikum sehr interessieren dürften und hat er aus dem großen Vorrath seiner Bilder circa 300 Stück hierzu bestimmt. Da jedoch eine solche Vorstellung, um nicht zu ermüden, höchstens zwei Stunden dauern darf, so wird es nöthig sein, zwei Vorstellungen zu geben. Diese Bilder sind bereits in verschiedenen höhern Lehranstalten eingeführt und dürfen also auch für die Schüler des Gymnasiums und der Realschule von großem Interesse sein.

* [Eisbericht.] Wir lesen in der neuesten (gestrigen) „Danz. Ztg.“: Von Helsingör wird am 13. Februar telegraphirt: Ein gestern ausgegangener Dampfer ist eben wegen Eises im Kattegat zurückgekehrt und in den Hafen gelaufen. Wind: Nordost. Zunehmende Kälte. — Eine heute Mittags aus Helsingör eingegangene Depesche meldet: Zwei Dampfer sind gestern Mittag Etage passirt, sie sind durch eine offene Rinne längs der Schwedischen Küste gekommen und eben von hier südwärts gegangen. 5 Grad Kälte. Wind: Nordost.

* [Zur Ausführung der Maßregeln gegen die Einschleppung der Pest] hat der Minister des Innern an die Oberpräsidenten folgende Verfügung erlassen: Da jeder Reisende, der aus Russland kommt, nach der kaiserlichen Verordnung vom 2. Februar seinen Paß beifügen muß, so ist die Weiterreise zur Visirung der diesseitigen Grenzbehörden vorzulegen, so sind diese Grenzbehörden zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen, wenn solche Pässe zur Visirung vorzulegen sind. Bei der Wahl dieser Grenzbehörden soll auf thunlichste Erleichterung der Reisenden und des Verkehrs Bedacht genommen werden. Es sollen daher für die auf Eisenbahnen aus Russland kommenden Reisenden die Grenzkommissionen, event. die Ortspolizei-Bezirke der diesseitigen Grenzstationen, für die auf Landstraßen ankommenden Fremden Beamte am Orte, welche sich möglichst ohne Umweg erreichen lassen, insbesondere die Landraths-Ämter mit Visirung der Pässe beauftragt werden. Auch soll der Umstand bei der Wahl des Ortes berücksichtigt werden, ob daselbst ohne besondere Schwierigkeit diejenigen Einrichtungen getroffen werden können, welche im Falle der Nr. 3 der Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers vom 3. Februar nöthig sind zur Desinfection des Reisegepäcks und der Kleidung. Die Vorschriften der Verordnung vom 2. h. finden auf den gewöhnlichen Grenzverkehr keine Anwendung. Die Legitimationscheine genügen, die nach Vorschrift zur Ueberschreitung der Grenze ausgestellt werden, zur Legitimation der von Russland nach Preußen kommenden Personen. Die diesseitigen Passvisirungsbehörden dürfen nach § 1 jener Verordnung nur diejenigen Pässe solcher Reisenden visiren, welche am Tage des Austritts aus Russischem Staatsgebiet oder an einem der beiden vorausgehenden Tage von dem Deutschen Botschafter in Petersburg oder von einer Deutschen Konsularbehörde in Russland visirt worden sind. Kann der Reisende einen solchen Paß nicht vorzeigen oder ist das Visum älter als nach vorstehender Bestimmung zulässig ist, so ist Reisender zurückzuweisen. Eine Ausnahme ist nur gestattet, wenn er nachweist, daß er auf der Reise, die er nach Erlangung des Passbuchs rechtzeitig angetreten, durch höhere Gewalt oder durch Verpätung des Zuges aufgehalten wurde, nicht aber, wenn Krankheit oder dergleichen Gründe der Verzögerung vorliegen. In dem Falle, wenn Reisender zur See nach Deutschland reist und nicht beweisen kann, daß er innerhalb der bestimmten Frist aus Russland ausgetreten, wird er anzuhalten sein, in anderer Weise zu beschleunigen, daß er innerhalb der gedachten Frist die Seereise angetreten und in der Zwischenzeit keine infizierten Gegenstände besaß hat. — Der Cultusminister hat seinerseits, um der Gefahr von Einschleppung der Pest zu begegnen, die Regierungen in den betreffenden Provinzen beauftragt, schon jetzt in den Grenzbezirken über auffällige sanitäre Schädlichkeiten Erhebungen zu veranlassen und dabei namentlich das sogenannte Quartiergängerwesen, insbesondere die Schlafstellen der Kost- und Pölgelkäufer sorgfältig ins Auge zu fassen. Von großer Wichtigkeit erscheint auch der Verkehr auf den Flüssen. Die Regierungen sollen daher sich baldigst darüber äußern, an welchem der fraglichen Flußgebiete eine ärztliche Inspection für die Mannschaften der aus Russland kommenden Schiffe und Flöße geboten erscheint, und ob in der Nähe dieser Orte Lazarethe für Aufnahme der verdächtigen Kranken zu beschaffen sind. — Im Kreise Memel sind die Vorsteher der Grenz-Zoll-Ämter in Nimmerfart, Bajorben, Langallen und Böcksten zur gebührenfreien Visirung der Pässe der aus Russland kommenden Reisenden und Desinfection ihres Gepäcks resp. ihrer Kleider befugt. Durch die bezüglichen Verordnungen und Erlasse ist der Grenzverkehr mittelst der Grenz-Legitimationscheine vorläufig nicht betroffen.

* [Polizei-Bericht.] Vom 9. bis incl. 15. wurden zum Polizei-Verhör gebracht, wegen: Bettelns 6 m. 5 m., Diebstahls 3 m. 1 w., Hehlerei 1 m., Scandals 2 m. 3 w., Trunkenheit 2 m., Trampeln 1 m. 1 w., Obdachlosigkeit 5 m. 1 w., zus. 31 Personen.

— Gefunden wurden: am 8. ein mess. Hahn von der Kaffeemaschine — große Wassertrahse; ein braunes Ledertaschen mit 2 Notizbüchern (Stiefvater Schöbster 1877), Portemonnaie ca. 5 Mk. Haarnadeln — vor dem Schützenhaus; am 9. graue Kinder-Stola — Louisenstraße; am 10. 2 Schlüssel am Bande — Börsen-Brücke; am 12. ein Schlüssel — Friedrich-Wilhelm-Strasse; eine Kreisstarke — Bachmanns-Feld; eine rothe Korallenschmire — Louisenstraße; ein breiter goldener Ring mit rothem Stein — Königs-Waldchen; ein ordinär. Handbillschen — Töpferstr.; am 13. ein Schlüssel am Bande — alte Sorgenstr.; am 15. ein braunes Portemonnaie, gelbes Schloß, Inhalt ca. 1 Mk. — Hospitalsstraße.

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. Februar.
Geboren: dem Kaufmann Heinrich Pitcairn ein Sohn.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Marie Walter in Königsberg mit dem Eisenbahnbetriebs-Secretär Herrn F. H. Gucht in Berlin. Fräul. Bertha Rahnenführer in Lyck mit Herrn Oscar Neubauer in Grajewo.

Wenn solche Pässe zur Visirung vorzulegen sind. Bei der Wahl dieser Grenzbehörden soll auf thunlichste Erleichterung der Reisenden und des Verkehrs Bedacht genommen werden. Es sollen daher für die auf Eisenbahnen aus Russland kommenden Reisenden die Grenzkommissionen, event. die Ortspolizei-Bezirke der diesseitigen Grenzstationen, für die auf Landstraßen ankommenden Fremden Beamte am Orte, welche sich möglichst ohne Umweg erreichen lassen, insbesondere die Landraths-Ämter mit Visirung der Pässe beauftragt werden. Auch soll der Umstand bei der Wahl des Ortes berücksichtigt werden, ob daselbst ohne besondere Schwierigkeit diejenigen Einrichtungen getroffen werden können, welche im Falle der Nr. 3 der Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers vom 3. Februar nöthig sind zur Desinfection des Reisegepäcks und der Kleidung. Die Vorschriften der Verordnung vom 2. h. finden auf den gewöhnlichen Grenzverkehr keine Anwendung. Die Legitimationscheine genügen, die nach Vorschrift zur Ueberschreitung der Grenze ausgestellt werden, zur Legitimation der von Russland nach Preußen kommenden Personen. Die diesseitigen Passvisirungsbehörden dürfen nach § 1 jener Verordnung nur diejenigen Pässe solcher Reisenden visiren, welche am Tage des Austritts aus Russischem Staatsgebiet oder an einem der beiden vorausgehenden Tage von dem Deutschen Botschafter in Petersburg oder von einer Deutschen Konsularbehörde in Russland visirt worden sind. Kann der Reisende einen solchen Paß nicht vorzeigen oder ist das Visum älter als nach vorstehender Bestimmung zulässig ist, so ist Reisender zurückzuweisen. Eine Ausnahme ist nur gestattet, wenn er nachweist, daß er auf der Reise, die er nach Erlangung des Passbuchs rechtzeitig angetreten, durch höhere Gewalt oder durch Verpätung des Zuges aufgehalten wurde, nicht aber, wenn Krankheit oder dergleichen Gründe der Verzögerung vorliegen. In dem Falle, wenn Reisender zur See nach Deutschland reist und nicht beweisen kann, daß er innerhalb der bestimmten Frist aus Russland ausgetreten, wird er anzuhalten sein, in anderer Weise zu beschleunigen, daß er innerhalb der gedachten Frist die Seereise angetreten und in der Zwischenzeit keine infizierten Gegenstände besaß hat. — Der Cultusminister hat seinerseits, um der Gefahr von Einschleppung der Pest zu begegnen, die Regierungen in den betreffenden Provinzen beauftragt, schon jetzt in den Grenzbezirken über auffällige sanitäre Schädlichkeiten Erhebungen zu veranlassen und dabei namentlich das sogenannte Quartiergängerwesen, insbesondere die Schlafstellen der Kost- und Pölgelkäufer sorgfältig ins Auge zu fassen. Von großer Wichtigkeit erscheint auch der Verkehr auf den Flüssen. Die Regierungen sollen daher sich baldigst darüber äußern, an welchem der fraglichen Flußgebiete eine ärztliche Inspection für die Mannschaften der aus Russland kommenden Schiffe und Flöße geboten erscheint, und ob in der Nähe dieser Orte Lazarethe für Aufnahme der verdächtigen Kranken zu beschaffen sind. — Im Kreise Memel sind die Vorsteher der Grenz-Zoll-Ämter in Nimmerfart, Bajorben, Langallen und Böcksten zur gebührenfreien Visirung der Pässe der aus Russland kommenden Reisenden und Desinfection ihres Gepäcks resp. ihrer Kleider befugt. Durch die bezüglichen Verordnungen und Erlasse ist der Grenzverkehr mittelst der Grenz-Legitimationscheine vorläufig nicht betroffen.

* [Polizei-Bericht.] Vom 9. bis incl. 15. wurden zum Polizei-Verhör gebracht, wegen: Bettelns 6 m. 5 m., Diebstahls 3 m. 1 w., Hehlerei 1 m., Scandals 2 m. 3 w., Trunkenheit 2 m., Trampeln 1 m. 1 w., Obdachlosigkeit 5 m. 1 w., zus. 31 Personen.

— Gefunden wurden: am 8. ein mess. Hahn von der Kaffeemaschine — große Wassertrahse; ein braunes Ledertaschen mit 2 Notizbüchern (Stiefvater Schöbster 1877), Portemonnaie ca. 5 Mk. Haarnadeln — vor dem Schützenhaus; am 9. graue Kinder-Stola — Louisenstraße; am 10. 2 Schlüssel am Bande — Börsen-Brücke; am 12. ein Schlüssel — Friedrich-Wilhelm-Strasse; eine Kreisstarke — Bachmanns-Feld; eine rothe Korallenschmire — Louisenstraße; ein breiter goldener Ring mit rothem Stein — Königs-Waldchen; ein ordinär. Handbillschen — Töpferstr.; am 13. ein Schlüssel am Bande — alte Sorgenstr.; am 15. ein braunes Portemonnaie, gelbes Schloß, Inhalt ca. 1 Mk. — Hospitalsstraße.

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. Februar.
Geboren: dem Kaufmann Heinrich Pitcairn ein Sohn.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Marie Walter in Königsberg mit dem Eisenbahnbetriebs-Secretär Herrn F. H. Gucht in Berlin. Fräul. Bertha Rahnenführer in Lyck mit Herrn Oscar Neubauer in Grajewo.

Vermählt: Herr Dr. med. Richard Böhler in Lyck mit Fräul. Olga Franke in Königsberg. Herr Hugo Verbaan mit Fräul. Mathilde Kleber in Königsberg.

Geboren: ein Sohn: Herrn Hugo Kettichau, Herrn David Meyerowich in Königsberg, Herrn Friedrich Stumpf in Heiligenbeil, Herrn F. Carlsen in Rauten; eine Tochter: Herrn Wichgraf in Linderberg, Herrn Hotelbesitzer Schmitt in Vartenstein.

Gestorben: Herr Johann Lüttich, Herr Töpfermeister Johann Leopold Loffau, Herr Partikulier Manuel Samuel Magnus in Königsberg, Herr Appellations-Gerichts-Referendarius Franz August Leopold Unruh in Berlin, Herr Obersteuercontroleur Wilhelm Mathias in Gumbinnen.

Fremden-Bericht.

Britisch-Hotel. Kauf. Alexander, Eisenhardt und Mietow aus Berlin, Adolph Grewe aus Viefelsfeld, Grotjan aus Stettin, Leimführer aus Königsberg, Ober-Maschinen-Meister Schmidt aus Pillau

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Antliche Börsen-Fracht-Notirungen.

15. Februar. Papenburg Markt 19 1/2 } per Last Dienen.
Stettin Markt 11 }
London 11 sh. 6 d per Load Balken.

Marktbericht.

Memel, 15. Februar. Weizen, Neusch. 7—7,75 Mt. Roggen Neusch. 4,50—5 Mt. Gerste, Neusch. 3,80—4,50 Mt. Hafer Neusch. 2,40—2,80 Mt. Erbsen, weisse Neusch. 6—6,50 Mt. Erbisen, gr. Neusch. 6,50—7 Mt. Kartoffeln, Neusch. 2,60—2,80 Mt. Stroh pro Ctr. 2,70 Mt. Hen pro Ctr. 1,20—2 Mt. Rindfleisch, Kente pro Pfd. 70—80 Mt. Vachfleisch pro Pfd. 40—60 Pf. Kalbfleisch pro Pfd. 20—50 Pf. Schweinefleisch pro Pfd. 40—50 Pf. Hammelfleisch pro Pfd. 40—50 Pf. Speck pro Pfd. 70—90 Pf. Butter pro Pfd. 0,70—0,80 Mt. Eier Schod 3,50 Mt. Flachs pro Ctr. 30 Mt. Holz, hart. Kloben pro 10 Cbhm. 48—60 Mt. Holz, weiches, Kloben pro 10 Cbhm. 36—45 Mt. Papierrubel — Mt.

Berliner Cours-Depesche.

	Februar 14.	Februar 15.
Börse: Schwach.	R.-Mt.	R.-Mt.
Roggen matt April-Mai	121	120,50
Roggen Mai-Juni	121	120,50
Hafer April-Mai	114,50	114,50
Petroleum loco	21,50	21,50
Spiritus loco	51,50	51,50
4 1/2 % Consolidirte Preussische Anleihe	105,10	105,10
4 1/2 % Preuss. Pfandbriefe	102,10	102,10
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	141,10	141,10
Russisch-Englische Anleihe von 1872	83,50	83,50
Russ. Noten	194,50	194,50
Petersburg, 100 S.-R. 3 Monate	193,50	193,50
Amsterdam 100 fl. 2 Monate	168,50	168,50
London, 1 Lfr. 3 Monate	20,55,5	20,55,5
London, 1 Lfr. 8 Tage	20,15,5	20,15,5
Belgisch: Plätze 100 Francs 2 Monat	80,55	80,55

Telegraphischer Wetterbericht für die Ostseehäfen.
Sonntag, den 15. Februar.

Stationen.	Barometer. mm.	Wind.	Wetter.	Temperatur. Cel.	Bemerkungen.
Memel	758,6	WNW. 2	bedeckt	0	Seeg. leicht bew.
Neufahrwasser	761,1	WNW. 1	wollig	—	4
Swinemünde	759,2	O. 1	heiter	—	3 Seegang sehr ruh.
Riel	759,1	do. 1	klar	—	2
Stagen	760,0	still 0	do.	—	4 Seeg. schlacht
Kopenhagen	759,7	D. 2	Nebel	—	6
Bornholm	759,4	ND 2	wollig	—	2
Stockholm	756,5	WSW. 2	klar	—	10
Riga	756,5	SW. 1	bedeckt	—	2

Uebersicht der Witterung.

Barometer meist wenig verändert. Winde Kanal und Deutsche Küste schwach bläulich, Schottland stark südlich.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

Kirchliche Anzeige.

Heute, Sonntag, Abends 6 1/2 Uhr, wird in der Kapelle der apostolischen Gemeinde am Ferdinandsplatz eine Predigt gehalten, wozu Jedermann eingeladen wird.

[Inserat.] Herr Director Linde wird dringend gebeten, die mit so vielem Beifall aufgenommenen Stücke: „Chemie für's Heirathen“ und „Die Rosa-Dominos“ recht bald wieder zur Aufführung gelangen zu lassen.

Mehrere Theaterfreunde.

[Inserat.] Würde Herr Director Linde vielleicht geneigt sein, die „Rosa-Dominos“ zu wiederholen, da das Stück so sehr gefallen hat?

Im Namen vieler Besucher.

Schwarze! Blaue!

Augen!

Sonntag 4 Mittag

Linden-Allee.

Anzeigen.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden heute hoch erfreut

H. Pitcairn,
Anna Pitcairn, geb. Plaw.

Memel, den 15. Februar 1879.

Allen Denen, die sich bei dem Begräbnis meiner theuren Mutter so überaus theilnehmend und liebevoll bewiesen haben, statte ich hiermit den tiefgefühltesten Dank ab.

Memel, den 15. Februar 1879.

Hugo Kohmann,

aus Cöln a. Rhein.

Ich warne hierdurch einen Jeden, meinem Manne, dem Arbeiter Friedrich Meinte, etwas zu borgen, indem ich von ihm getrennt bin und für keine Zahlung aufkomme.

Louise Meinke.

4. Sterbefall pro 1879. Ad Abth. E. Nr. 390 ist am 14. Februar 1879 der Arbeiter M. Michajus gestorben.

Theater-Anzeige.

Sonntag, den 16. Februar. Zum 1. Male: „Nette Leute“. Posse mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von Weller u. Salingrée.

Montag, den 17. Februar. Zum 1. Male: „Der Kettigunge“. Bild aus dem Volksleben von Lubojakty.

H. Lincke.

Restaurant de Comin.

Auf vielseitiges Verlangen von heute an noch einige Concerte von den Künstlern

Franz und Felix Rappaport.

Handwerker - Verein.

Montag, den 17., Abends 8 Uhr, im Vereinslokale

Generalversammlung.

Tagesordnung: Beschluß über das Vereins-Statut und über Angelegenheit der Bibliothek. Der Vorstand.

Kameradschaftliche Versammlung

Restaurant Maszunat Montag, d. 17. d. M., Abends 8 Uhr nicht 8 1/2 Uhr.

heute von 3 Uhr ab

Sprech an Concert, Entree 10 Pf.

Achtungsvoll Zeising.



Sanssouci.

Veranda gut geheizt.

Neue Bade-Anstalt.

(Actien-Gesellschaft.)

Dienstag, den 18. Februar c., Nachm. 6 1/2 Uhr,

im Restaurant Maszunat

General-Versammlung der Actionaire.

Tagesordnung.

- 1) Geschäftsbericht pro 1878.
- 2) Ertheilung der Decharge.
- 3) Wahl der Rechnungs-Revisoren pr. 1879.

Der Verwaltungsrath.

Franz Reincke. Benj. Kundt.

Memeler

Schiffs-Versicherungs-Verein.

Die jährliche ordentliche General-Versammlung findet am Mittwoch, den 19. Februar c., Nachmittags 3 Uhr, im British-Hotel statt.

Tages-Ordnung.

- 1) Revisions-Bericht, event. Decharge-Ertheilung pro 1877.
- 2) Geschäftsbericht des Vorstandes pr. 1878.
- 3) Wahl von 2 Revisoren und 3 Commissions-Mitgliedern laut § 11 und 2 Stellvertretern.
- 4) Etwaige Anträge von Mitgliedern.

Dieselben sind nach § 24. 3. spätestens am 16. schriftlich einzureichen.

Memel, den 4. Februar 1879.

Der Vorstand.

„Agamemnon“ und „Adler.“

Die in obigen Bugfirdampfern theiligten werden zur jährlichen General-Versammlung am

Mittwoch, den 19. Februar c.,

Nachmittags 5 Uhr,

in British-Hotel eingeladen.

Tages-Ordnung.

- 1) Revisions-Bericht event. Decharge-Ertheilung pro 1877.
- 2) Geschäfts-Bericht pro 1878.
- 3) Etwaige Anträge.

Memel, den 4. Februar 1879.

Der Vorstand des Memeler Schiffs-Versicherungs-Vereins.

*** * Verein Concordia. * ***

Sonabend, den 22. Februar c.,

Abends 8 Uhr,

Soirée.

Die Vorsteher.

Künstliche Zähne u. s. w. bei

Löhreke, fl. Börsenstraße.

Orchestrionettes

Neu von Neu

Paul Ehrlich i. Gohlis b. Leipzig

mit ausgefanzten Noten-Blättern, jedes Stück spielend.

Patent für ganz Europa u. Amerika.

Den Verkauf dieser neuen Musikwerke habe ich übernommen und stehen Musterwerke und illustrierte Cataloge in meinem Geschäftslokale zu Jedermanns Einsicht.

Carl Goetz, Friedrich-Wilhelmstraße 13.

Um den von mir schon mehrfach angezeigten **Ausverkauf** zu beschleunigen, habe die Preise nochmals ermäßigt.

Wilhelm Hoffmann.

Evang. reformirte Kirche.

Die Mitglieder unserer Gemeinde werden ersucht, die diesjährige Kirchensteuer in den Tagen vom 17. bis 22. Februar bei Herrn Rektor Franz, Mühlen-damm Nr. 17, entrichten zu wollen.

Evang. reform. Kirchen-Presbyterium.

National-Dampfschiff-Compagnie.
Fahrpreis-Ermässigung
auf kurze Zeit.

Von Stettin nach New-York jeden Mittwoch 100 Mark.

Von Hamburg nach New-York jeden Freitag 90 Mark.

Plätze werden durch Einsendung eines Handgeldes von 30 Mark für jede Person gesichert.

Berlin Stettin
Auf dem Potsdamer Bahnhof. Rosengarten No. 62.
G. Messing

Im Börsengebäude ist das gegenwärtig von F. Laß & Co. benutzte Ladenlokal vom 1. Juli c. sowie das früher von dem Biege- und Meßamt benutzte Local von sofort zu vermieten. Offerten bitten wir in unserm Bureau einzureichen.

Memel, den 4. Februar 1879.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Bekanntmachung.

Auction.

Im Termine
Dienstag, den 18. Februar,
Vormittags 12 Uhr,
soll das auf dem Holzplatze von Charles Hollatz & Co., Werftstraße No. 2 u. 3, befindliche, der Reichsbank verpfändete Stäbelager, enthaltend:

4872 laufende Schoß eichene Stäbe diverser Dimensionen, bestehend in Biepen, Orhofts, Tonnen- und Bodenstäben, reducirt auf im Ganzen 1821 Schoß Biepen,

an Ort und Stelle in öffentlicher Auction durch den vereideten Makler, Herrn C. H. Froben, in getheilten Posten oder auch im Ganzen verkauft werden.

Kaufstüchtige werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen in unserm Geschäftslocale einzusehen sind, auch vor der Auction bekannt gemacht werden.

Wegen vorheriger Besichtigung der Stäbe beliebe man sich an die Unterzeichnete zu wenden.

Memel, den 30. Januar 1879.

Reichsbankstelle.

Auction über eichene Stäbe.

Im Anschluß an dem von der Reichsbankstelle angezeigten öffentlichen Verkauf von 4872 laufenden Schoß eichenen Stäben am 18. Februar, 12 Uhr Mittags, auf dem Lagerplatze von Chs. Hollatz & Co. zu Memel, Werftstraße No. 2 u. 3, sollen durch mich, laut gerichtlicher Verfügung, noch circa 730 laufende Schoß eichene Stäbe, diverser Dimensionen, gleich öffentlich mit verkauft werden, unter denselben Bedingungen, wie solche von der Reichsbankstelle festgestellt werden. — Verzeichnisse sind, so weit der Vorrath reicht, bei mir zu haben.

Memel, den 7. Februar 1879.

C. H. Froben,
vereid. Waaren-Makler.

Holz-Verkauf.

Donnerstag, d. 20. Februar, 11 Vormittags
Donnerstag, d. 27. Februar, 10 Uhr,
in Sphernen.

Schultz.

Heinrich Karkutsch

in Königsberg,

Dampf-, Wollen- und Seiden-Färberei, Druckerei und chemische Trocken-Reinigungs-Anstalt empfiehlt sich zur Anfertigung aller in dieses Fach einschlagender Artikel.

Annahme in Memel bei

A. Thiel, vorm. Ferdinand Weiß.

„Germania“

Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Stettin.

Landesherrlich bestätigt durch Königl. Cabinets-Ordre vom 26. Januar 1857.
Versicherungsbestand Ende 1877: 128,390 Versicherungen mit Mk. 220,504,303.
Kapital und Mk. 127,488,69 jährl. Rente.

Garantie-Fonds: Grundkapital: Mk. 9,000,000
Angesammelte Reserven Ende 1877: „ 30,038,369 „ 39,038,369.

Pupillarisch sichere Hypotheken Ende 1877: „ 26,939,912.

Ausgezählte Versicherungssummen seit 1857 „ 30,462,972.

Jahres-Einnahme an Prämien und Zinsen 1877: „ 8,619,431.

Im Monat Januar cr. neue Anträge auf „ 2,294,380.

Neu abgeschlossen vom 1. Januar bis Ende Dezember 1878: „ 20,179,974.

6546 Vers. mit einem Kapital von „ 2,071,375.

Seit 1871 zur Vertheilung an die mit Gewinn-Anteil Versicherten überwiegender Reingewinn. Die mit Dividenden-Anspruch Versicherten der „Germania“ treten in den Bezug der Dividende bereits nach 2 Jahren, vom Beginn der Versicherung ab gerechnet und erhalten Dividende auf jede volle Jahresprämie auch für abgekürzte Versicherungen, während andere Gesellschaften Dividenden in allen Fällen nur von der Prämie für die einfache Versicherung auf Lebenszeit gewähren. Bisherige Durchschn.-Dividende 25.67 Procent, für das Jahr 1877: 26 Procent der gezahlten vollen Jahresprämie.

Auf die Prämie für die Versicherung eines Kapitals, zahlbar bei Vollendung des 60sten Lebensjahres, bei früherem Ableben nach dem Tode des Versicherten, beträgt nach der letzten Gewinnvertheilung die jährliche Dividende in Procenten der Prämie für die einfache Versicherung auf Lebenszeit für Beitr.-Alter 25: 36.5 Procent; für Beitr.-Alter 30: 37.5 Procent; für Beitr.-Alter 35: 39.1 Procent; für Beitr.-Alter 40: 41.3 Procent; für Beitr.-Alter 45: 46.6 Procent; für Beitr.-Alter 50: 58.3 Procent u. s. f.

Jede gewünschte Auskunft wird bereitwilligst kostenfrei erteilt durch

Wilhelm Fischer,

Haupt-Agent.

Wegen Aufgabe des Geschäfts!

Um die schnellste Räumung der noch vorhandenen Waaren zu bewirken, sind die Preise **sehr billig** gestellt.

Albert Fischer.

Wohnung und Geschäfts-Lokale sind zu vermieten. D. D.

Der gerichtliche Ausverkauf

des zur Schüler & Löwenstein'schen Concurs-Masse gehörigen

Waarenlagers

beginnt Montag, den 17. Februar c. Der Verwalter

Albert Hellbusch.

Der Ausverkauf im C. Glans'schen Fußgeschäft findet nur bis zum 25. d. Mts. statt. Auch stehen daselbst 2 Glaspinde und große Cartons zum Verkauf.

Herren-Stroh-Hüte werden zum Waschen angenommen bei F. A. Koch, vis-à-vis der Börse.

Strohhüte zum Waschen und Umformen nimmt entgegen B. Albrecht.

Strohhüte! zum Umformen und Waschen nimmt entgegen B. Feinboth.

Stroh- und Rosshaarhüte werden zum Waschen und Modernisiren angenommen bei M. Tiedemann.

Strohhüte zum Umformen und Waschen nimmt entgegen J. Sahn.

Beste Webbaumwolle in allen Sorten, billigst, empfiehlt A. L. Harnecker.

Stroh- und Rosshaar-Hüte werden zum Modernisiren, Färben und Waschen angenommen bei S. Ficht, Töpferstraße 15.

Bestellungen auf trockene Ahtel-Schwarten, Dielenenden, Kopfköpfe nimmt entgegen H. Lundgreen.

Hemdenflanelle, Frisaden und Boy's empfiehlt in schöner Qualität zu billigen Preisen.

A. L. Harnecker, Friedrich-Wilhelm-Straße 19 u. 20.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Ralf in Memel.

Billigen Stäbe

eine neue Sendung empfangen und empfehle angelegentlichst.

H. Rehberg.

Heinrich Gronau, Marktstr. 41.

Die von der Herbst- und Winter-Saison übrig gebliebene noch höchst reichhaltige Auswahl moderner Damen-Kleiderstoffe — Paletots — Jaquettes — Long-Châles — Plaids etc. verkaufe ich zu wiederholt ermäßigten Preisen.

Heinrich Gronau Marktstr. 41.

Von den in Dualität und Schwärze unübertrefflich guten

Cachemiren und Double-Cachemiren

empfehle wiederholt neue Sendungen und empfehle solche zu den bereits bekannten billigt gestellten Preisen.

Heinrich Gronau Marktstr. 41.

Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Cocos-Läufer

und andere Deckzeuge, nur guter Dualität, billigst bei

Heinrich Gronau Marktstr. 41.

Dampf-Maschinen-Caffee,

(Carlsbader Mischung),

empfehle wöchentlich zwei mal frisch geröstet.

E. Appelhagen.

Vorzüglich gutkochende

graue Erbsen,

weiße do.

weiße Bohnen,

offerirt Scheffel- und Literweise

R. Muschinsky.

Feinen Fleischkäse,

Sardellenwurst,

Mortadelle,

alle Sorten Rauch- und Leberwurst,

geräucherten Schinken und Bauchstück,

täglich frische Carbonade à 50 Pf.

Klopsfleisch und Bratwurst à 60 Pf.

empfehle in guter Waare

H. Schmidt, Fr.-Wilh.-Str. 25.

Reinen Kern-Honig

à 50 Pf. pro Pfund,

sowie sämtliche Colonial- und Materialwaaren empfiehlt in nur guter Dualität und zu äußerst billigen Preisen

Th. Ladscheck, Hospitalstr.

Fetttheringe, alle Sorten, auch recht fett-

fallende,

Engl. Kochsalz,

dito Tischsalz,

Zukand. Kochsalz, grob, mittel und fein-

förmig,

Vadefalz,

Vichsalz,

Petroleum in ganzen Fässern zu den

billigsten Preisen bei

Laaser & Neumann.

Um damit zu räumen, verkaufe

mehrere Rollen

Stabendeckenzeuge

zu Kostenpreisen.

A. L. Harnecker.

Herren-Shlipse,

um damit zu räumen, verkaufen

zum Kostenpreise.

Gebr. Noah.

Beste Kaminkohlen

zur Ofenheizung offerirt billigst

R. Muschinsky.

Sehr gutes Storkholz

sehr billig zu haben bei

Th. Schakowsky.

Corned Beef u. Beef Tongue

aus anerkannt bester Fabrik, empfiehlt zu

ermäßigten Preisen.

E. Appelhagen.

Beilage.

Beilage zu No. 40. des Memeler Dampfboots.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Sonntag, den 16. Februar 1879.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung, Donnerstag, 13. Februar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten Nachmittags. Neu eingegangen ist der Entwurf betreffend die Strafgewalt des Reichstages.

Auf der Tagesordnung steht nur die Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden 232 Stimmen abgegeben und zwar 151 für Herrn v. Forckenbeck, 67 Stimmen für Herrn von Seydewitz; 14 Zettel sind unbeschrieben. Herr v. Forckenbeck ist also mit großer Majorität gewählt.

Herr v. Forckenbeck besteigt die Tribüne und bemerkt Folgendes: Meine Herren, ich kann nicht unterlassen für das durch diese Wahl mir bewiesene Vertrauen zu danken. Ich nehme das mir übertragene Amt des ersten Präsidenten des Deutschen Reichstags hiermit an und wiederhole das Versprechen, unsere Geschäftsordnung gerecht und parteiisch zu handhaben. Nachdem sich schon herausgestellt hat, daß dem Reichstage nicht leichte Aufgaben gestellt sind, betone ich ganz besonders die Bitte, mich bei Leitung der Geschäfte von allen Seiten kräftig und lebendig zu unterstützen. (Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten erhält im ersten Wahlgange von 245 Stimmen Abg. Freiherr v. Stauffenberg 90, von Seydewitz 80, Abg. Freiherr v. Frankenstein 74 Stimmen. (Ein Zettel ist weiß.) Es findet also gemäß der Geschäftsordnung eine engere Wahl zwischen den 3 Herren statt. In diesem zweiten Wahlgange erhält Abg. Freiherr v. Stauffenberg 90, v. Seydewitz 78, v. Frankenstein 75 von 243 abgegebenen Stimmen. Jetzt erst findet die Stichwahl zwischen den Abg. Freiherrn v. Stauffenberg und v. Seydewitz statt. Von 220 Stimmen erhält der erstere 88, der letztere 80 Stimmen; 52 Zettel sind weiß. Es ist also Abg. Freiherr v. Stauffenberg zum ersten Vicepräsidenten gewählt; derselbe nimmt die Wahl dankend an. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Windthorst meint, das Haus werde nicht mehr beschlußfähig sein. (Die meisten Mitglieder des Centrums haben das Haus verlassen.) Präsident von Forckenbeck meint jedoch, die nächste Abstimmung werde das ja ergeben. Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden nur 150 Stimmen abgegeben; das Haus ist also nicht beschlußfähig. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Wahl des zweiten Vicepräsidenten und der Schriftführer; sodann erste Verathung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte; Handelsvertrag mit Oesterreich und Ungarn. Schluß 6 Uhr. (Nach der Plenarsitzung am Montag Wahl der Commissionen.)

Lb. Haus der Abgeordneten.

52. Plenarsitzung. Donnerstag, 12. Februar.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt. Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen; der Abg. Mitschke-Pless ist gestorben. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Das Haus tritt sofort in die Verathung der Resolution, betreffend die Eisenbahnpolitik der Regierung, ein. Zunächst erhält das Wort

Minister Maybach: Meine Herren! Ein Passus in der Thronrede wird Ihnen angedeutet haben, daß Ihnen über die Eisenbahnfrage Vorlagen zugehen werden. Die Erörterung darüber in diesem Augenblick ist mehr von akademischem Werth. Sie werden mir zugeben, daß darüber verschiedene Ansichten statthaben können und es ist nicht gut möglich sich auf akademischem Wege über Fragen zu verständigen, die eminent praktischer Natur sind, an der Hand praktischer Vorlagen würde diese Verständigung eher gelingen. Die Presse hat öfters die Aufforderung an mich gerichtet, mit einem Programm, einer Denkschrift oder dergl. hervortreten. Indessen, meine Herren, was sind Programme? Wollen Sie ein Programm mit meinem Namen verbinden, so ist es das, welches ich, so lange ich in der Eisenbahnverwaltung bin, und das ist ein Vierteljahrhundert, niemals verleugnet habe: Daß das Staatsbahnsystem für einen Staat wie Preußen das richtige sei (Bravo! rechts). Das Tempo der Ausföhrung, der Umfang derselben werden sich nach Zeit und Umständen richten müssen. In erster Reihe kommt die Finanzlage des Staates in Betracht (Abg. Richter: Hört! Hört!) Der Handelsminister ist nach meiner Meinung nach dazu da, zu handeln und der Landesvertretung Thatsachen vorzuführen; sie mag dieselben billigen, sie mag dieselben verwerfen, ich meine, daß nicht mit Reden, daß mit Handeln vorgegangen werden muß. Es ist jetzt eigentlich nicht der Zeitpunkt da, soweit tragende Fragen zu erörtern. Wie die Presse mittheilt, steht die Regierung mit verschiedenen Privatgesellschaften in Verbindung betreffs Ankauf von Unternehmungen, die ungefähr den Umfang von 2000 Kilometer haben. Jetzt haben wir augenblicklich 6000

Kilometer Staatsbahnen, was wird denn nun daran geändert, wenn noch 2000 Kilometer hinzutreten sollten. Allerdings wäre dieser Hinzutritt für die Entwicklung und Wirksamkeit der bereits vorhandenen Staatsbahnen von großer Bedeutung. So war bei der Uebernahme der Berlin-Stettiner Bahn der Gesichtspunkt maßgebend, wenigstens die Verwaltung der garantirten Strecke zu übernehmen. — In meinen Mittheilungen muß ich mir nun gewisse Schranken auferlegen, einmal in Bezug auf die persönlichen Angriffe, die mir in einem sehr reichen Maße zufließen; dieselben reichen nicht an mich heran und ich lehne es ab, irgend etwas darauf zu erwidern. Ich will nicht das Bild gebrauchen von einem Reiter, der durch ein schmutziges Dorf reitet (Große Heiterkeit); ich halte an dem Grundsatz fest, thue Recht und scheue Niemand. Der Staatsmann, der für König und Vaterland in die Schlacht geht, darf den Pulverdampf nicht scheuen, auch wenn er etwas übel riecht (Bravo! rechts). Ich habe mir überlegt, ob es nicht besser wäre mit einer Erwiderung zu warten, bis wir mit praktischen Vorschlägen an Sie herantreten. Die Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses läßt mich der Verjuchung widerstehen, das ganze hier in Rede stehende Gebiet sachlich zu erörtern. Ich schicke weiter voraus, daß der Gedanke der Reichseisenbahnen, den die Thronrede von 1876 schon ausgesprochen hat, zur Zeit bei den verbündeten Regierungen nicht den Anklang gefunden hat, auf den man glaubte rechnen zu können. Es liegt nun keine Veranlassung vor, nach irgend einer Seite hin eine Pression zu üben auf die verbündeten Regierungen und wollen uns im Hause selbst so einrichten, wie unser Interesse es erfordert. Die Staatsregierung wiederholt es durch meinen Mund, daß sie sich die Durchführung des Staatsbahnsystems in Bezug auf die Hauptlinien des Eisenbahnnetzes zur Aufgabe stellen will. Ich muß dem, was der Abg. Dr. Kasse gestern gesagt hat, daß wir nicht mehr freie Hand haben, vollkommen beistimmen. Sie haben Ihre Zustimmung zu dem Bau der Linie Berlin-Böckler gegeben; diese Linie bedeutet in der That den Uebergang zum Staatsbahnsystem (Sehr wahr! rechts). Wir haben ein Netz im Westen, eins im Osten und beiden fehlte die richtige Verbindung und diese sollte durch die Linie Berlin-Böckler hergestellt werden. Damals bezeichnete man diese Linie als Rückgrat des Staatsbahnsystems, das noch weiterer Ausführung bedurfte und das ist richtig, es fehlen noch die Rippen und vielleicht noch etwas Fleisch (Heiterkeit). Die Vorlagen, welche bisher an das hohe Haus gelangt sind, stehen mit dem großen Gedanken in keinem Zusammenhang. Der Homburger Bahnvorlage ist eine eisenbahnpolitische Bedeutung nicht beizumessen und ich hoffe, daß, wenn auch unsere Ansichten in dieser Beziehung auseinandergehen, ich mich doch mit Ihnen noch verständigen werde. Betreffs der in Aussicht genommenen Erweiterungen des Hessischen Theils der Main-Weiser Bahn sind schon 1867 Verhandlungen angeknüpft worden, die aber damals keinen Erfolg hatten; im Interesse der Leistungsfähigkeit der Bahn muß diesem Zustand ein Ende gemacht werden. Daß wir eine bezügliche Vorlage noch nicht an das Haus gebracht haben, beruht darin, daß die Hessische Stände-Versammlung sich betreffs Verkauf noch nicht schlüssig gemacht hat. — Zwischen den Staatsbahnen im Osten und Westen befindet sich eine üble Lücke und es liegt der Gedanke sehr nahe, Ergänzungslinien aus technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen zu schaffen. Diese Linien würden die Betriebskosten vermindern, die Organisation vereinfachen und dem Verkehr zu Gute kommen. Die Stützung des schwankenden Credits einer solchen Eisenbahngesellschaft durch den guten Credit des Staates würde dem letzteren keinen Nachtheil und auch den Aktionären keinen Nachtheil bringen. Man würde dann das System der Doppelbauten ersparen, welche für eine Menge von Privatgesellschaften äußerst drückend geworden sind. Wenn man mir nachsagt, daß ich mich dahin ausgesprochen hätte, das Eisenbahnsystem müsse von einer Centralstelle aus verwaltet werden, muß ich das entschieden dementiren, denn wir wollen eine Verwaltung im Sinne der Dezentralisation. Die einzelnen Behörden sollen ferner Föhrung behalten mit den Bedürfnissen des Landes und nicht vom grünen Tisch aus regieren. Es ist deshalb die Absicht der Regierung, einen Wirthschaftsrath einzusetzen; allerdings würde derselbe zum großen Theile aus Interessenten bestehen, aber meine Herren! bei den Eisenbahnen sind wir alle mehr oder weniger Interessenten. Die Zusammensetzung des Rathes ist nur so einzurichten, daß derselbe mit möglichster Objectivität entscheiden kann. Ferner bin ich der Meinung, daß diesem Wirthschaftsrath Vertreter der beteiligten Ministerien, des Finanz-, Landwirtschaftlichen und Kriegsministeriums zugeordnet werden, damit nicht einseitige Beschlüsse gefaßt werden. Im Laufe der Zeit soll auch dieser Rath eine gesetzliche Basis erhalten, nicht damit das Ministerium

sich der Verantwortung entzieht, sondern damit ich vor mir selbst die Ueberzeugung habe, das Richtige getroffen zu haben. Meine Herren! Ihre Commission schlägt Ihnen vor, von der Erwerbung von Vollbahnen abzusehen, d. h. also, es soll in der nächsten Zeit eine gewisse Ruhe eintreten, aber meine Herren! eine Ruhe auf diesem Gebiete ist zugleich ein Rückschritt und ich darf darauf nicht eingehen. Ich habe bereits in der Commission erklärt, daß von der Regierung die Initiative ergriffen worden ist zur Errichtung eines Reichseisenbahnrathes, endlich eines Gerichtshofes zur Entscheidung von Differenzen zwischen Privat- und Staatsbahnen. Ich darf Ihnen heute die Mittheilung machen, daß die Sachen sich nicht mehr im Schreibtisch befinden, sondern nunmehr an den Bundesrath gelangt sind und ich darf annehmen, daß dieser Vorlage die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht fehlen wird. Jedenfalls denkt die Regierung nicht daran, sich mit den Staats-Eisenbahn-Projekten der vollen Einwirkung des Reiches zu entziehen. Dem Eisenbahn-Minister tritt bei den Privatbahnen mehr Mißtrauen entgegen, als ich erwartet hatte; ich kann nur wiederholen, daß es mißlich ist, sich über den Gang der schwebenden Unterhandlungen zu äußern. Betreffs des Sekundärbahnwesens hofft die Regierung, dasselbe, soweit es für die Wohlfahrt des Landes erforderlich ist, erheblich zu fördern. Das Staatsbahnsystem befindet sich im Einklang mit den Traditionen der Preussischen Verwaltung und mit der ganzen Entwicklung unseres Eisenbahnwesens überhaupt. Als 1847 eine Vorlage gemacht wurde über den Bau der Ostbahn, die kein Privat-Unternehmer bauen wollte, weil man glaubte sie würde nicht einmal die Betriebskosten decken, wollte der Finanzminister Herr Hansemann die Ermächtigung zum Ankauf von Privatbahnen haben und der damalige Handelsminister führte mit dünnen und bestimmten Worten in einer Denkschrift aus, daß man die Conjunktur dazu benutzen müsse. 1859 unterblieb der kriegsrischen Eventualität wegen die Fortführung dieses Planes. Die Jahre 1867 bis 73 sollten eigentlich aus der Geschichte des Eisenbahnwesens ausgeschlossen werden; damals erklärte die Untersuchungs-Commission, der auch Mitglieder des Hauses angehörten, daß ein ausschließliches Staatsbahnsystem für den Augenblick nicht ausführbar erscheine, daß man aber der Ueberzeugung sich nicht verschließen könne, daß die Vereinigung der Bahnen in der Hand des Staates nicht mehr im Interesse der zinstragenden Rentabilität, sondern im Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs liegen müsse; die Commission erachtet es für wünschenswerth, daß das Ziel des Staatsbahnsystems im Auge behalten werde. Nun sagt man, die jetzige Lage sei nicht dazu geeignet. Die Regierung ist dieser Meinung: wenn etwas nothwendig ist, so ist es die Verbesserung unseres Eisenbahn-Transportwesens; man muß Einrichtungen treffen, welche den Verkehr durch billigen und gut eingerichteten Transport erleichtern. Die Commission hat ausgerechnet, daß bei Ausdehnung der Staatsbahnen nur 3,18% Zinsen sich ergeben würden. Diese Rechnung kann ich nicht anerkennen. Die Steuerzahler werden nicht mehr belastet werden. Die Commission hat das buchmäßige, nicht das zinspflichtige Kapital zu Grunde gelegt; dieses letztere übersteigt die gesammte zinspflichtige Staatsschuld. Nach allen Abzügen würde sich ein Ueberschuß von ca. 235 Millionen zur Erleichterung der Steuerzahler ergeben. Die Contribution, welche die Tapferkeit unserer Krieger erworben hat, konnte nicht besser angelegt werden als das Land zu melioriren, die Steuerkraft zu heben und die Vertheidigungskraft zu mehren. Allerdings hat sich bei der Pommerschen Centralbahn, der Berliner Nordbahn und verschiedenen Ostpreussischen Bahnen herausgestellt, daß sie nicht entfernt ihre Zinsen aufbringen. Die Regierung bereut es jedoch nicht und ich hoffe auch das hohe Haus nicht, daß diese Bahnen übernommen sind; es heben sich ja die guten und schlechten Ergebnisse auf, das ist ja der Nutzen des Staatsbahnsystems. Dazu kommt noch, daß durch Hebung der Steuerkraft sich die Zuschüsse kompensiren. Wenn Sie auch bei Häfen, Chauffeen und bei der Post nach der Rentabilität der Anlagen fragten, wären wir schon längst theoretisch bankrot. Lassen Sie mich noch einige Worte sprechen über das gemischte System. Ich kann nicht leugnen, daß ich immer das Gefühl gehabt habe, als wenn man nur das Privat-Bahnsystem wolle, wenn man das gemischte System pries. Die unglückliche Zerspaltung unseres Eisenbahnwesens föhrt zu einer großen Vergewand des Kapitals. Denken Sie an die Kosten der Anschlüsse der Bahnen, an den ganzen Luxus, den ein vollständiger, eingerichteter Hofstaat einer Privat-Direktion nothwendig macht. (Heiterkeit.) Dadurch werden die Mittel entzogen, die Transport-Einrichtungen besser und billiger zu machen. Bei dem gemischten System kommt der Staat in die Lage, entweder die Privatbahnen zu drücken, und darüber entsteht großer Lärm, oder aber seine Pflicht, den Betrieb so billig als möglich zu stellen, zu verlegen. Seitdem

ich mein Amt verwalte bin ich der Ueberzeugung, daß dieses System auf die Dauer unhaltbar sei. (Abg. Berger: Sehr richtig.) Das gemischte System ist kein System, es ist nur eine Mischung von Systemen. Beide Systeme dürfen nicht nach meiner Auffassung gleiche Linien neben einander haben. Wenn man der Post zumuthete, einen Brief von Berlin nach Frankfurt a. M. entweder über Kassel oder über Fulda zu schicken, würde sie doch antworten: das ist ganz gleichgültig, wenn der Brief nur schnell und sicher ankommt. Ähnlich würde die Sache bei richtiger Gruppierung unseres Eisenbahn-Systems liegen. Dies System hat sich auch nicht in anderen Ländern bewährt, ich erinnere Sie an Sachsen, Bayern und Württemberg, die das Staatsbahn-System angenommen haben. Den Widerstand dagegen erkläre ich mir daraus, daß der Partikularismus in dem System der Privatbahnen eine gewisse Unterstützung findet. Wir können die Sekundär-Bahnen nur unterstützen, wenn wir zugleich auf dem Gebiete der Konsolidation des Staatsbahnnetzes kräftig vorgehen. Wieviel Privatbahnen sind denn überhaupt noch in der Lage, mit selbstständigen Unternehmungen vorzugehen. Wir müssen schon alle Schonung anwenden, um nur die Ausführung der konzessionirten Linien zu bewirken. Ich möchte Sie nach alledem bitten, einen Beschluß zu fassen, welcher für die Regierung ermuthigend ist und daß Sie das Land vor der Kalamität bewahren, aus dem Wege, den wir mit Ihrer Zustimmung betreten haben, in einen anderen einzulenken. Es ist ein Uebelstand, daß sich in unserer bisherigen Eisenbahnpolitik vielleicht ein Schwanken bemerkbar gemacht hat. (Hört! Hört! links.) Dieses Schwanken dürfen wir nicht weiter fortsetzen, wir schaden damit dem Lande. Legen Sie dem, was 1876 Ihren Beifall gefunden, jetzt keine Beschränkungen auf; die Regierung kann dieselben nicht mitmachen. Für mich wird nur der Gedanke tröstlich sein, daß ich wenigstens das Gute erstrebt habe, daß ich mir bewußt bin; ich tröste mich mit dem Spruch: In magnis voluisse sat est! Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker will auf das einzelne nicht eingehen. Ich lege mehr Gewicht auf die Debatten, als auf die Resolutionen. Die Regierung muß Fühlung mit den Parteien gewinnen und zu festen Entscheidungen werden wir diesmal nicht kommen. Was der Handelsminister über die Rentabilität der Privatbahnen gesagt hat, wird ein Anderer kritisieren. Die Produktivität der Bahnen muß unter allen Umständen gewahrt werden. Es sind Bahnen empfohlen worden, die nicht rentabel sind. Das Konfliktministerium hat uns die ungeliebte anarchische Eisenbahnwirtschaft des Ministeriums Ippenitz gebracht; dieser erklärt offen, er habe gar kein System. Wir jubelten seinen einzelnen Vorlagen zu, ohne nach dem Plan zu fragen. Wir haben heute trotz der Enquetecommission nicht gelernt, den Streit über Privat- oder Staatsbahn-System aufzugeben. Die Regierung müsse durchaus ihr System offen bekennen, habe Abg. Dr. Birchow gesagt. Das System des Herrn Handelsministers sei das richtige, das des Herrn Rasse verwerflich. Wenn der Minister von Erwerbung von 2000 Kilometer Privatbahn spreche, verstehe er nicht, weshalb man geheim halte, welche Privatbahnen gemeint wären. Man will dadurch billiger kaufen, diese Absicht war aber nicht einmal erreicht. Weiter aber wird es die Tariffrage sein, über welche sich die Regierung einmal klar ausgesprochen haben wird. Die Tarifpolitik ist ein bedeutender Theil der ganzen Wirtschaftspolitik. Zoll- und Eisenbahntarife sind so zusammenhängend, daß es unverständlich ist, sie verschieden zu behandeln. Ebenso ist die Finanzfrage gar nicht trennbar von der Wirtschaftsprage. Auch hier müssen wir Garantien haben. Ferner müssen wir genau von der Regierung erfahren, wie sie die Zufuhrbahnfrage zu regeln gedenkt. Welche Ansprüche stellt die Regierung an die Sekundärbahnen, um sie zu subventioniren? Wir müssen uns endlich informieren und bevor wir dies nicht gethan, können wir gar nicht eine feste prinzipielle Stellung einnehmen. Bis jetzt ist das Eisenbahn-System von der Regierung viermal verändert. Wer bürgt uns dafür, daß sich nicht wieder und wieder andere Ansichten geltend machen, z. B. durch Krieg. Alle drei Richtungen im Hause sind darin einig, daß zunächst Klarheit von der Regierung geschaffen werden muß. Auf unserer zweiten Resolution liegt das Hauptgewicht. Wir wollen nicht über das System entscheiden, sondern warnen vor unklarem Vorgehen. Nehmen Sie die Resolution an, damit die nöthige Klarheit eintritt als Grundlage für alle ferneren Entschlüsse.

Abg. Richter (Hagen): Man habe Alles, was im Generalbericht steht, irrtümlich ihm zur Last gelegt, während doch der Grundgedanke vom Abg. Rickert ausgegangen sei. Der Minister verlange nicht Theorien sondern Handeln, nur man handle, wenn man Stellung nehmen zu den Absichten der Regierung. Die Regierung wolle 2000 Kilometer Bahnen ankaufen. Die Geheimthuererei, welche Bahnen seien unnütz, denn es sei ja bekannt, mit welchen Bahnen verhandelt werde. Diese Verhandlungen, welche zeitweilig stocken, um dann wieder aufgenommen zu werden, schädigen die Bahnen schon seit Jahren und seien verwerflich, wie Rechner aus einigen Beispielen von Vorgängen an der Börse beweist. Nach dem System des Ministers komme es nur darauf an, die Hauptverbindungen für den Staat zu acquiriren, und dies System führe einfach zum absoluten Staatsbahn-System. In Süddeutschland

machte man kein Hehl daraus, daß das übereilte Staatsbahn-System traurige Folgen gehabt habe. Die Schlussergebnisse der Eisenbahn-Enquete sei nicht ganz gewürdigt worden. Die Rasse'schen wie die Lasker'schen Probleme seien mit den größten wirtschaftlichen Schäden verknüpft. Schon heute stehen 17000 Kilometer Bahnen unter Staatsverwaltung, die 2000 Kilometer, welche man noch ankaufen wolle, sind schon geeignet, die Staatsschuld zu erhöhen; das System des Handelsministers würde die Staatsschuld auf 6 Milliarden erhöhen (Unruhe). Was das zu bedeuten habe, würden die Besitzer von Staatspapieren am besten wissen. Das Eisenbahnconcessionswesen, welches zu einer partikularistisch-politischen Handhabe gemacht, habe unser Eisenbahn-System ruiniert — nicht das gemischte System. Die schwindelhafteste Eisenbahnindustrie nach dem Franco-sichischen Kriege war die Folge der Schwindelperiode überhaupt. Auch der Staat hat damals gesündigt, die Steuerzahler aber zahlen bei ihm die Sünde. Minister Achenbach hat seiner Zeit gesagt, daß nur in reichen Zeiten der Staat Eisenbahnindustrie treiben könne. Damals waren wir allerdings in der Fülle des Geldes. Das Verhältniß und Mißtrauen der Privatbahnen zur Regierung sei wie das Verhältniß des Regenwurms zum Hahne. Die Tarife sollen nicht auf die individuellen Verhältnisse Rücksicht nehmen und dennoch seien die letzteren die natürlichen Folgen der wirtschaftlichen Lage. Das Staatsbahn-System könne nicht decentralisirt werden, wie die Privatbahnen. Den Landesbahnenrath wolle man um Rath fragen, obwohl es ganz und gar aus vom Staate ernannten Persönlichkeiten bestehen solle. Aber diese unzähligen Collegien und Enqueten verwirren alle Begriffe. Er habe den Eindruck, als ob die ganzen Regierungsabsichten nur hochpolitische seien. Schon jetzt seien die wichtigsten Freiheiten bedroht (Unruhe — Oho). Der politische Moment sollte jeden von Staatsbahngelüsten abhalten. Alle Rechnungen, welche aufgestellt werden, sollen den Werth des neuen Systems klar machen, sie seien aber alle falsch und haben nur Makulawerth. Man hat Ueberschüsse berechnet, die vielleicht augenblicklich vorhanden sein mögen oder früher durch Zufälligkeiten geschaffen sind. Heute ist das Eisenbahnwesen der Entwicklung vorausgeeilt und darum unrentabel. (Rechner wird aus dem Hause daran gemahnt, wegen der Sitzung des Reichstages in seiner Rede abzubrechen — und unterbricht sich deshalb in seinen Ausführungen.)

Der Präsident schlägt Abend-sitzung vor, Abg. Dr. Hänel protestirt energisch dagegen. Abg. Lasker hält diese Frage für eine medizinische; es sei unmöglich, das Interesse des Landes bei solcher Anstrengung zu wahren. Windthorst-Meppen für eine Abend-sitzung v. Rauchhaupt dagegen. Bei der Abstimmung wird die Abend-sitzung abgelehnt. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Lb. Herrenhaus.

12. Sitzung. Donnerstag, den 13. Februar. Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Die ersten drei Gegenstände der Tagesordnung: I. Die Berichte über den Entwurf einer Schiedsmanns-Ordnung, II. über den Gesetzentwurf betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber und III. über den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsnotengesetz und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige werden in der Fassung des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen.

IV. Bericht der Matrikel-Commission. Auf Antrag des Referenten Grafen zur Lippe erklärt das Haus die Signe der Herren Arthur Hobrecht, Dr. Max v. Jordanbeck und Dr. Tesmann für erledigt, ferner daß Dr. Hermann Schulze in Heidelberg (bisher Vertreter der Universität Breslau) nicht befugt sei, Sitz und Stimme im Herrenhause auszuüben.

V. Mündlicher Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften. Der Referent Herr Schuhmann berichtet über die vom Abgeordnetenhaus vorgenommenen Aenderungen dieses Gesetzes und empfiehlt die Annahme dieser veränderten Fassung.

Nach langer Debatte werden theils die Paragraphen der Regierungsvorlage, theils die Fassung des Abgeordnetenhauses und einige aus der Initiative des Herrenhauses entsprungene Aenderungen angenommen und vertagt sich sodann das Haus bis morgen Mittag 12 Uhr. Schluß 4 Uhr 20 Minuten.

Lb. Haus der Abgeordneten.

53. Plenarsitzung. Freitag, den 14. Februar. Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten — Das Haus fährt in der Berathung der Resolution über das Eisenbahnwesen fort. Erster Redner ist

Abg. Richter (Hagen) der gestern seine Rede hat abbrechen müssen. Derselbe betont, daß es ihm noch übrig bleibe, die Stellung seiner Partei zu den vorgeschlagenen 3 Resolutionen zu erläutern. Zwar sei die von der Kommission vorgeschlagene Resolution formell etwas eng gefaßt, aber der Sinn derselben sei doch gemäß den Intentionen der Antragsteller weiter aufzufassen. Er freue sich, daß Herr Lasker erklärt habe, die national-liberale Partei sei nicht mehr gewillt einer Eisenbahn-politik von Fall zu Fall zuzustimmen und wolle eine

klare Stellungnahme der Regierung herbeiführen. Jedoch könne er der Resolution des Hrn. Lasker nicht zustimmen; die der Budgetkommission passe sich mehr der gegenwärtigen Finanzlage des Landes an. Früher sei er sich wie ein Prediger in der Wüste vorgekommen, jetzt sei die Meinung immer allgemeiner geworden, daß die negative Politik der Fortschrittspartei den Eisenbahnangelegenheiten gegenüber die einzig richtige sei. — Er bitte den Antrag der Budgetkommission anzunehmen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Kessel dt führt an, daß die Behauptungen des Abg. Richter über die schlechte Rentabilität der Staatsbahnen durchaus unrichtig seien. Wären dieselben wahr, so würden die Staatsbahnen in einem solchen Zustande sein, daß man auf ihnen nicht mehr fahren könne, und doch seien dieselben Musterbahnen; die Eisenbahnverwaltung habe schon einen Ueberschuß von 200 Millionen Mark gehabt. Dann müsse man doch auch bedenken, daß die meisten Bahnen sich erst allmählig rentiren, daß also der Ueberschuß immer größer werden werde. Die ferneren Behauptungen, daß die Privatbahnen durch die Projecte der Regierung geschädigt werden, sei ebenso wenig zutreffend. Die Zahl der Beamten solle größer werden; aber wenn man die Bahnen unter 20 Gesellschaften vertheile, dann werde man sehen, wie sehr die Zahl der Beamten steigt. Die Verwaltung einer Privatgesellschaft koste ca. 500,000 Mk., während dieselbe Strecke im Staatsbesitz nur 85,000 Mk. koste (Hört! Hört! rechts). Gerade in Preußen, mit seinen militärischen, geordneten Verhältnissen, sind die Bedingungen zu einem wohl durchgebildeten Staatsbahn-System gegeben. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links).

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Wenn man etwas aus der Geschichte lernen will, so ist es dies: Daß Schwanken der letzten Jahre war unser Unglück (Sehr wahr! rechts). Mein Antrag präjudicirt das Tempo der Ausführungen des Staatsbahn-Systems in keiner Weise; aber da wir kein politisches Testament am Schluß der Session machen wollen, ziehe ich meinen Antrag zurück. Für die konstitutionellen Garantien habe ich nicht das warme Herz wie Herr Lasker; ich bin nur der Meinung, daß dem Staatsbahn-System nicht im mindesten finanzielle oder andere Bedenken entgegenstehen und daß dieses System von dem höchsten Vortheil für unser Land wäre. Jedoch sei es aber nicht nöthig, die Tarife herabzusetzen; die ländliche Bevölkerung, 60 % der Gesamtheit, hätte im Gegentheil ein Interesse daran, wenn die Getreidepreise hoch sind. (Gelächter links). Ich bitte Sie, beide Resolutionen abzulehnen und dem Herrn Minister zuzustimmen. (Bravo! rechts).

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß er den Antrag Hammerstein wieder aufnehme.

Die Abgg. Dr. Lucius und v. Rauchhaupt erklären dann, gegen den Antrag stimmen zu wollen; derselbe lebe nicht wieder auf, wenn er einmal zurückgezogen sei. Auch Abg. Hammerstein erklärt, er werde jetzt gegen den Antrag Hammerstein, der jetzt den Namen „Antrag Richter“ trage, stimmen; (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Freiherr v. Heeremann: Ich bin dem Herrn Minister dankbar für die Offenheit, mit der er, entgegen der Gewohnheit seiner Kollegen, seine Pläne vorgelegt hat; ferner auch für die Sorgfalt, die er den Localbahnen zuzuwenden verspricht. Mit Herrn Richter bin ich in vielen, mit Herrn Dr. Rasse in sehr vielen Punkten nicht einverstanden (Heiterkeit), vor allem muß man sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen, man darf nicht tabula rasa machen, da wir keine res integra vor uns haben. Es herrscht jetzt das Bestreben überall einen Beirath einzusetzen, der aber die Selbstverwaltung untergräbt; man kann mit Bezug darauf sagen: Timeo Danaos! Die Idee des absoluten Staatsbahn-Systems ist von der Idee der Staatsomnipotenz ausgegangen, eine Idee, die ich äußerst schädlich halte und die eine Folge der modernen liberalen Auffassung vom Staate ist. Ich wundere mich, daß die Herren von der Rechten das konservative Prinzip der Korporation in dieser Beziehung fallen lassen. Gewiß sei hin und wieder der Bau von Staatsbahnen nöthig; die directe Durchführung des Staatsbahn-Systems würde viele Kosten verursachen und manche Eigenthumsrechte schädigen. (Beifall im Centrum).

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Lasker, Richter (Hagen) und einem Resumé des Referenten Abg. Rickert, der u. A. dem Regierungs-Commissar gegenüber ausführt, die Rente der Staatsbahnen sei in den letzten Jahren um 1 %, d. h. um circa 15 Millionen gesunken, schreitet das Haus zur Abstimmung. Der Antrag Hammerstein resp. Richter (Hagen) wird verworfen; dafür stimmt unter Heiterkeit des Hauses nur der Abg. Sombart; auch der Antrag Lasker wird abgelehnt. Von den 3 Theilen des Antrages der Budget-Commission wird der erste, „vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen“ mit 179 gegen 174 abgelehnt, dagegen die beiden anderen Theile dahin angenommen: die Königl. Staatsregierung aufzufordern, 1) eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, in wie weit der Bau von lokalen Anschlußbahnen niedriger Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Produkten zu erleichtern; 2) dem Landtage in der nächsten Session eine Darstellung zu machen; in wie weit die Interessenten bei dem Bau solcher Localbahnen, durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung beziehungsweise durch Staatsmittel unterstützt werden können.

Die Resolution II, die von der Commission vorgeschlagen ist, lautet: „Im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft ist es geboten, das Gesetz vom 25. Mai 1873, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer, dahin abzuändern, daß es ermöglicht wird, in dem Etat jährlich soviel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz zu bringen, als zur Deckung des jeweiligen Ausgabebedarfs erforderlich ist.“

Resolution V, die zugleich mit IV zur Discussion steht, lautet: zu erklären, die im Interesse des Deutschen Reichs und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs liegt nur dann im Preussischen Staatsinteresse, wenn die volle Gewähr dafür gegeben wird, daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrifularbeiträge unter den im Etat von 1879/80 vorgesehenen Satz, sei es durch direkte Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reich, für Preußen disponibel werdende Betrag, insoweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung im Etat eine anderweitige Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer verwendet werde.

Es liegen dazu Amendements von den Abgg. Lauenstein, v. Huene, v. Rauchhaupt und von Minnigerode vor, die wir weiter unten mittheilen werden.

Es sind 11 Redner gegen, 16 für die Commissionsbeschlüsse zum Wort gemeldet. Zunächst erhält das Wort Finanzminister Hübner: Meine Herren! damit nicht eine falsche Deutung meines Schweigens betreffend der Eisenbahnfrage aufkommt, bemerke ich ausdrücklich, daß ich die volle schwere Bedeutung der Ausdehnung des Staatsbahnbesitzes für die Finanzlage des Landes vollkommen anerkenne, daß ich kein Bedenken unterschätze habe und nach reiflicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß diese Bedenken, wenn man sie scharf prüft und gliedert, die volkswirtschaftlichen Gründe nicht zu entkräften vermögen, welche ebenso für die Ergänzung des Staatsbahnwesens zwingend sprechend, wie sie gestern der Herr Handelsminister ausgesprochen hat. Ich werde es für meine Pflicht halten, die Bestrebungen desselben nach allen Bestimmungen hin zu fördern. — Eine gesunde Finanzwirtschaft darf das Spatium der Ausgaben nicht zu sehr ausdehnen; der Staat kann nicht, wie ein Privatmann seine Ausgaben nach den Einnahmen berechnen; er muß auch die Einnahmen bestimmen nach den notwendigen Ausgaben. Dennoch ist nicht zu vergessen, daß in den Ausgaben eine sehr bedenkliche Elastizität liegt, und daß Wünsche und Bedürfnisse eine große Expansionsfähigkeit haben. Das wichtigste Motiv ist das Interesse der Steuerzahler und der nächstbetheiligten Kommunen. Jede Erleichterung, welche der Staat diesen wird gewähren können, würde in einem hohen Grade verwerthet werden, wenn in dem Einnahmesoll der Staatssteuern eine bedeutende Schwankung stattfände. Nichts würde nachtheiliger sein, als Unsicherheit betreffs der direkten Personalesteuern. Eine Reform der direkten Steuern kann nicht in Angriff genommen werden, so lange die Mittel zu ihrer Durchführung nicht vorliegen. Ich bin durch eine Allerhöchste Kabinettsordre ermächtigt zu erklären: „daß, in soweit durch die Steuerreform des Reiches aus Reichseinnahmen verfügbare Mittel an den Preuß. Etat überwiesen werden und sofern die Mehreinnahmen nicht Behufs Deckung von Staatsausgaben oder behufs Ueberweisung an Kommunalverbände verwendet werden, vorbehaltlich der Abrundung ein gleicher Betrag von Klassen- und klassifizierter Einkommensteuer zu ersetzen ist.“ — Demgemäß bitte ich für die Resolution des Herrn v. Rauchhaupt (1 unten) oder für den Commissionsantrag mit dem Amendment Lauenstein zu stimmen.

Abg. Löwenstein befürwortet seinen Antrag, der dahin geht: Die Worte der Resolution V „in soweit über denselben — getroffen ist“ folgendermaßen zu fassen: „insoweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung durch Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände, oder auf andere Weise Verfügung getroffen ist.“ Die anderen Anträge (v. Rauchhaupt, v. Huene) seien bedenklich.

Abg. v. Benda schließt sich dem an und erörtert dann die Frage von direkten und indirekten Steuern; die Kulturstaaen könnten die letztere nicht gut entbehren; ihr Verhältniß zu den direkten Steuern müsse je nach der Lage und den besonderen Bedingungen jedes einzelnen Landes geregelt werden.

Das von Herrn v. Rauchhaupt eingebrachte Amendement lautet: an Stelle der Resolutionen IV und V zu setzen: „Zu der angestrebten Vermehrung der eigenen Einnahmen des Deutschen Reiches seine volle Zustimmung in der Erwartung auszusprechen, daß es dadurch gelingen werde, hinreichende Beträge disponibel zu machen, um nicht nur das Gleichgewicht im Preussischen Etat dauernd wieder herzustellen, sondern auch durch Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer die Kommunalverbände finanziell zu erleichtern, und die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer herabzumindern.“

Abg. Graf zu Limburg-Sturum erklärt sich entschieden gegen die Resolution IV der Budgetcommission. Dem Steuerzahler sei es ganz gleich, ob an den Staat oder an die Kommunen. Der Antrag habe nur eine politische Bedeutung. Gegenüber einer Dynastie wie der Preussischen, die von keiner anderen an Plichterfüllung und Regenteneigenschaften übertroffen wird, sei es nicht gerechtfertigt, die Rechte der Krone zu schwächen und den Schwerpunkt der Regierung in das Parlament zu verlegen. Anders verhalte es sich mit der Resolution V, die der konser-

vativen Partei nur in sofern unsympathisch sei, als sie die Steuerreform im Reiche von Bedingungen abhängig mache. Eine Resolution sei überhaupt nur ein Monolog, der weder die Regierung noch das Haus binde.

Abg. Dr. Hänel bestreitet, daß durch die Quotisirung der Steuern irgend eine Machtverschiebung stattfindet; man müsse derartige Sachen nicht so aufblasen; in Bayern und anderen Ländern habe man jetzt schon die Quotisirung gewissermaßen zur besseren Vertheilung von Einnahme und Ausgabe. Die Resolution V der Commission unterstütze indirekt die Pläne des Reichskanzlers und deshalb müsse die Fortschrittspartei gegen die Resolution stimmen; diese ungerechten Steuerpläne beabsichtigen die indirekten Steuern durch Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel zu erhöhen, die direkten Steuern stetig zu vermindern; es liege die Gefahr nahe, daß doch die sozialdemokratische Phrase von der Ausbeutung des Armen, zur Wahrheit wird; deshalb seien jene Pläne Schritt für Schritt zu bekämpfen. (Beifall links.)

Der vom Herrn v. Minnigerode und Genossen eingebrachte Antrag lautet: „das Haus wolle beschließen, in Erwägung, daß eine im Wege der Quotisirung herbeizuführende Herabminderung bezw. Nichterhebung der klassifizierten Einkommensteuer einer gesunden Finanzpolitik nicht entspricht, weil dadurch das mobile Kapital einseitig erleichtert, bezw. befreit werden würde, während gleichzeitig Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer unverändert zur Forterhebung gelangen, und in Erwägung, daß die zum Wohle des Deutschen Reichs und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs bestimmt sein muß, vorweg die Matrifularbeiträge zu beseitigen und durch die darüber hinaus für Preußen sich ergebenden Ueberschüsse, einmal das Gleichgewicht der zur Zeit an einem Defizit kranken Preuß. Staatsfinanzen dauernd wieder herzustellen und weiter die Steuerlast der Kommunen bezw. Kommunalverbände durch finanzielle Beihilfen zu erleichtern, über die unter IV. und V. von der Budgetcommission beantragten Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Antrag des Abg. Freiherrn v. Huene lautet: „Denersten Satz der Resolution V (— dafür geben wird) zu streichen und dafür zu setzen: Für den Fall einer Vermehrung der Einnahmen des Deutschen Reiches erachtet das Haus unter dankbarer Annahme der mit Allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung der königlichen Staatsregierung für erforderlich, gesetzlich festzustellen, daß u. (der Antrag Huene hat erst nach der Rede des Finanzministers diese, etwas von der ersten Fassung abweichende Fassung erhalten).

Abg. Freiherr v. Minnigerode tritt für seinen Antrag ein, sich durchweg an die Motive desselben haltend.

Abg. Freiherr v. Huene empfiehlt kurz seinen Antrag.

Der Antrag v. Minnigerode auf motivirte Tagesordnung und der Antrag v. Rauchhaupt werden mit großer Majorität abgelehnt. Die Resolution IV wird unverändert, die Resolution V mit den Amendements Huene und Lauenstein angenommen. (Dagegen die Fortschrittler und Altconservativen). — Die Resolution V lautet also: „Für den Fall einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Deutschen Reiches erachtet das Haus unter dankbarer Annahme der mit Allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung der königlichen Staatsregierung für erforderlich gesetzlich festzustellen, daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrifularbeiträge unter den im Etat pro 1879/80 vorgesehene Satz, sei es durch directe Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reich, für Preußen disponibel werdende Betrag insoweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung durch Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände oder auf andere Weise Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer verwendet werde.“

Die von der Commission vorgeschlagene Resolution VI lautet:

„Die Königl. Staatsregierung aufzufordern dahin zu wirken, daß in Zukunft das Etatsgesetz für das Deutsche Reich früher festgestellt wird als das Etatsgesetz für Preußen.“

Abg. Dr. Lucius beantragt, in Erwägung, daß es den Interessen des Reiches nicht entspricht, durch Beschluß der Preussischen Landesvertretung in den Gang der Reichsgesetzgebung einzugreifen, über den Antrag V. zur Tagesordnung überzugehen. — Das Haus acceptirt den Antrag der Commission. — Damit ist der Generalbericht erledigt.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr; Tagesordnung: die vom Herrenhause kommenden Gesetzentwürfe über Civilprozeßordnung, Schiedsmannsordnung, höheren Verwaltungsdienst, dann Hamburger Eisenbahn- und Lehrer-Petitionen. — Schluß 4¼ Uhr.

Lb. Herrenhaus.

13. Plenarsitzung. Freitag, 14. Februar. Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Tagesordnung: 1. Nochmalige Abstimmung über die in gestriger Sitzung angenommenen Änderungs-Anträge zu dem Gesetz-Entwurf, betreffend die Wassergerichten. — Die Anträge sowie das ganze Gesetz werden genehmigt.

II. Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Zwangs-Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen. — Der Entwurf erhält die Zustimmung des Hauses.

III. Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend die

Aufnahme einer Anleihe zur Verbesserung Märkischer Wasserstraßen. — Der Referent empfiehlt die Annahme des Entwurfs in der vom Abgeordnetenhaus genehmigten Fassung. — Herr v. Knebel-Döbritz bittet den Gesetz-Entwurf zu verwerfen, da es ein neuer gefährlicher Schritt sei, Staatsbedürfnisse auf dem Wege der Anleihe zu decken. — Nach längerer Debatte tritt das Haus in die Specialdiskussion und nimmt das Gesetz an.

IV. Einmalige Schlußberatung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 25. Dezember 1869 über die Hannoversche Creditanstalt. — Das Gesetz wird debattelos genehmigt.

V. Mündlicher Bericht der Petitionskommission. Eine Reihe von Petitionen wurde dem Antrag der Commission gemäß erledigt und vertagte sich sodann das Haus auf Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Disziplinargesetz, Petitionen. Schluß 4¼ Uhr.

Der Erbe von Syberg.

Roman von Emil König.

(Fortsetzung.)

Die Baronin und die würdigen Pfarrersleute konnten sich nicht genug ergötzen an den wunderbar sangbaren Compositionen Heisers, und fast täglich mußte Marie ihnen „Das Grab auf der Heide“, „Den todtten Soldaten“, „Zerdrück die Thräne nicht in Deinen Augen“ und andere seiner Compositionen vorsingen, und wenn sie sich so recht ausgelassen hatte, dann bat der Vater noch um sein Lieblingslied: „Zieht im Herbst die Lerche fort, sagt sie lei' Ude!“ Und wenn sie ihm dies einfache Liedchen mit ihrer so reinen klangvollen Stimme in ihrer ungezierten, seelenvollen Weise vortrug, dann wurde es dem Vater so weh um's Herz, daß er sich abwenden ein Mal über das andere mit der Hand über die Augen fahren mußte.

Udo hatte die Gattin nicht sofort begleiten können; aber Franz war mit ihr gefahren, Franz, der reiblichste Freund ihres Gemahls, ihr bester Berather, der Pathe ihres Sohnes. Er hatte bereits Quartier bei dem Baron von Vockum für Udo angesagt.

Noch einmal hoffte die junge Frau mit dem sehnlich erwarteten Gemahl all' die seligen Stunden ihrer jungen Liebe dort im Eichenkamp, auf der Nasenbank unter der Linde und den andern Plätzchen all', die so unvergeßlich in ihrem Gemüth waren, zu durchleben.

Nur eins trübte die Freude aller, — es war das Mitleid mit jenem alten kinderlosen Manne, der auf Syberg so verlassen war.

„Udo kann“, das war aller Ueberzeugung, „ohne des Vaters Segen kein dauerndes Glück finden.“ Denn des Vaters Segen bauet den Kindern Häuser; aber der Mutter Fluch reiße sie nieder!“ sagte der Pfarrer dazu oft in tiefster Seele betrübt.

Und der ehrliche Freischulte fand das Gefühl seines Schwiegersohnes ebenfalls so in seiner Anschauungsweise begründet, daß er gern seinen Hof darum gegeben haben würde, hätte er damit eine Versöhnung herbeiführen können. Er setzte jedoch nur geringe Hoffnung auf eine Sinnesänderung des alten Barons.

Auch Marie gelangte mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß zu ihres Gatten vollkommenem Glück eine Ausöhnung mit dem Vater gehöre. Ihre leicht erregbare Phantasie malte ihr das Gelingen in so glühenden Farben, daß sie ihren Widerwillen gegen den alten harten Mann überwand und sich entschloß, noch ehe Udo eintraf, seinen Vater kussfällig zu bitten, ihm sein Herz wieder zu erschließen. Sie wollte Udo das Vaterhaus wieder und seinem Sohne den Platz erobern, der ihm gebührte. Aus ihrer Hand sollte der Gatte auch diese größte Freude empfangen.

Kaum war der Plan gefaßt, so wurde er auch dem Familienrath unterbreitet und fand einstimmige Billigung.

Herr von Vockum hatte in Erfahrung gebracht, daß Baron Egon auf wenige Tage nach Werl kommen und sein Absteigequartier bei Herrn von Pape nehmen würde. Er hatte v. Pape in das Geheimniß der jungen Frau gezogen und dieser hatte bereitwillig seine Unterstützung zugesagt.

Nur die Tante war nicht mit Mariens Vorhaben einverstanden gewesen.

„Bleibe hier, liebe Tochter und überlasse das Deinem Manne“, hatte sie gesagt, als die junge Frau, mit dem Söhnchen auf dem Arme, den leichten Wagen bestieg; „ich traue dem Frieden nicht!“

Aber Marie schüttelte den Kopf und sagte mit jenem wunderbaren Aufleuchten ihrer schönen Augen:

„Beruhige Dich, liebe Tante, den Frieden hole ich ja. Komme es, wie es will, ich erfülle meine Pflicht.“

Herr von Vockum ergriff selbst die Zügel, und die junge Frau nahm kosennd ihren Sohn auf den Schooß.

„Marie!“ rief die Frau Pfarrer ihr nach.

„Tante!“ entgegnete diese.

„Nimm wenigstens meinen Segen zu diesem schweren Gange mit!“

Marie beugte sich nieder auf die treue Hand der zweiten Mutter, die sie ihr Leben hindurch so treu behütet hatte, und küßte sie warm und innig.

So fuhr sie denn dahin durch den stillen, heimathlichen Wald, voll glühender, beseligender Hoffnung. Sie redete wenig, aber dann und wann herzte sie das Kind und grüßte freudlich die vorübergehenden Landleute, welche die schöne Marie vom Bispinghof kannten, im Gefühl einer Art von Siegesgewißheit.

In Werl stieg sie aus.

Der Baron recognoscirte das Terrain und benachrichtigte sie bald, daß Baron Egon in Herrn von Pape's Garten allein auf- und niedergehe.

Erst im Garten, als sie die hohe, stolze Gestalt dahinschreiten sah, hielt sie den Athem an. Dann bezwang sie die Beklommenheit beim Anblick des harten Mannes, die sie unwillkürlich erfaßt hatte, eilte dem Baron nach und warf sich den Knaben im Arme, ihm zu Füßen.

„Friede, Versöhnung mit Udo,“ flehte sie und hielt ihm das Kind entgegen.

Baron Egon blieb, obgleich todtenbleich, ruhig stehen. Marie wiederholte weinend ihre Bitte, indem ihre sanften, blauen Augen stehend in seinen harten düsteren Zügen zu lesen suchten.

„Keine Komödie!“ sagte er endlich kurz, „ich liebe die Bühnenscenen nicht.“

Dann wandte er sich mit einem verächtlichen Blick um und schritt weiter.

Mariens war es, als böhre sich langsam ein zweischneidiges Schwert durch ihre Brust, aber, wie ein echtes Westphalenkind, richtete sie sich stolz auf, küßte den Knaben auf die Stirn und lächelte lautlos:

„Gedenke dieser Stunde der tiefsten Erniedrigung Deiner Mutter immerdar, mein Sohn!“

Mit erhobenem Haupte, im Gefühle ihres Werthes, verließ sie den Garten, — den Tod im Herzen.

Der zartfühlende Baron von Bockum richtete keine Frage an die bedauernswerthe Marie; er hatte ihr sofort angesehen, welchen Ausgang die Unterredung genommen. Zuversichtlich hob er sie in den Wagen und fuhr davon.

Schweigend saßen sie beieinander; Herr von Bockum war rücksichtsvoll genug, das Schweigen nicht zu unterbrechen.

Mariens Antlitz bedeckte Leichenblässe. Eine schwere Thräne hing an ihrer Wimper; von Zeit zu Zeit preßte sie ihren Sohn an's Herz und küßte ihn inbrünstig.

Plötzlich vernahm der Baron einen markerschütternden Schrei; er schaute sich um und erblickte Marie ohnmächtig in die Kissen des Wagens gesunken. Schnell hielt er das Gefährt an.

„Gnädige Frau,“ fragte er besorgt, „was ist Ihnen?“

Sie antwortete nicht; aber eine Leichenblässe ging über das edle Gesicht. Noch einmal richtete sie die großen Augen auf den Freund ihres Gatten, dann glitt der Schatten des unerbittlichen Todes darüber hin. Die Abweisung des Barons hatte ihr das Herz gebrochen.

Provinzielles.

* Der bisherige Kreisgerichtsrath Emil Ferdinand Ruhnau zu Jüterburg ist zum Konsistorialrath ernannt und als Mitglied des königlichen Konsistoriums der Provinzen Ost- und Westpreußen am 1. Februar in das Kollegium desselben eingeführt worden. — Der aus dem Justizdienste ausgeschiedene und unter Ernennung zum Regierungs-Assessor in die allgemeine Verwaltung übernommene Staatsanwalts-Gehilfe Dr. Bientz ist vom 1. Februar c. ab mit der kommissarischen Verwaltung des Landrathsamts Kreises Wehlau beauftragt worden.

Tilsit, 13. Februar. Die Ziehung der Lotterie des Tilsiter Bannvereins beginnt mit Genehmigung der Königl. Regierung am 1. Juli c. hier vor dem Königl. Kommissarius, dem Notar und Zeugen. Die Loose werden wahrscheinlich schon in kommender Woche zur Ausgabe gelangen. Es werden 30 000 Loose zu je 5 Mark ausgegeben und 5000 Gewinne angeschafft, so daß jedes sechste Loos gewinnt. Es sind 6 Hauptgewinne, darunter einer, bestehend in elegantem Luxuswagen nebst zwei dazu passenden Pferden, im Werthe von 5000 Mk., andere, bestehend in eleganten Reit- und Wagenpferden, sowie einem Salonfügel. Ferner sind acht größere Gewinne, bestehend vornehmlich in kostbarem Silbergeschmeide, Schmuckstücken und dergl., im Werthe von je 400 bis 500 Mark. Die Mittelgewinne betragen sich auf 205, aufsteigend im Werthe von 50 bis 300 Mark. Kleinere Gewinne giebt es 4781, nicht unter 5 Mark. Nur solche Loose, welche mit dem Stempel des Komitès des gemeinnützigen Bannvereins zu Tilsit versehen sind, werden als gültig anerkannt. Die Gewinne werden nur gegen Ablieferung des betreffenden Looses dem Zuhaber verabfolgt, resp. auf seine Kosten und Gefahr, wenn verlangt, zugesandt. Innerhalb 4 Wochen nach der Ziehung nicht abgehobene Gewinne verfallen zu Gunsten des Bannvereins. (Tils. Btg.)

Königsberg, 13. Februar. Das Bernsteinbergwerk in Nordpreußen arbeitet noch immer, nun schon über 3 Jahre, an der Beseitigung der in die Schächte einströmenden Wassermassen, ohne bis jetzt auch nur eine kleine Quantität Bernstein gewonnen zu haben. Die Kosten, welche für das Unternehmen bereits aufgewendet worden sind, werden auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. — Vor einiger Zeit verlautete allgemein, daß die Regierung anführen werde, in Nordpreußen weitere Versuche zur Gewinnung von Bernstein machen zu lassen.

□ **Königsberg, 14. Februar.** Auf der Kunstausstellung finden mehrere Stillleben von Friedrich Heimerding in Hamburg, darunter namentlich ein Norwegisches Schneebühn zahllose Liebhaber. Das Substanz ist dargestellt, wie es auf einem weißen Tannentisch aufgebahrt ist und muß die naturgetreue Darstellung allerdings eine vorzügliche genannt werden. Das Brett sieht genau aus, als

wäre es leibhaftig in das Bild gefügt und das Substanz wirkt so plastisch, daß man unwillkürlich nach dem hervortretenden Flügel greift, um sich zu überzeugen, ob nicht ein wirklicher Flügel auf das Bild geklebt ist. Das große Publikum beist immer noch auf solche Scherze, während sie vom künstlerischen Standpunkt aus als leere Spielereien verworfen werden müssen. Der Werth eines Kunstwerkes ist nach seinem geistigen Inhalt zu bemessen und so hat die Malerei ihre Berechtigung, wenn sie uns den Menschen in seinen Thaten, in seinen Leiden und Freuden (Geschichte, Genre), oder die Natur, wie sie den menschlichen Geist in ihrer Eigenart ergreift (Landschaft), oder endlich die gewaltigen Bauwerke wieder giebt, die uns auch mit heiligen Schauern erfüllen können (Architektur). Diese Stillleben aber haben gar keinen geistigen Inhalt und sind nichts als Kunststücke, die nur wirken, wenn sie mit glänzender Technik ausgeführt sind. Wir hatten hier in Königsberg bis zum Jahre 1872 eine geistig sehr animirte Vereinigung, die sich „Tilsiter-Klub“ nannte und zu der Maler, Musiker, Schauspieler, Sänger Schriftsteller u. dergl. gehörten. In dieser Gesellschaft wurde bei Gelegenheit eines Gesprächs über die damalige Kunstausstellung auch mit Bewunderung von einem solchen Stillleben gesprochen. Der anwesende Maler Funt bewilligte sich, diese irdigen Anschauungen zu korrigiren, und den Entzückungsbuss abzukühlen und versprach zugleich, den Beweis zu führen, wie werthlos ein solches täuschend genaues Abbildungen lebender Gegenstände nach der Natur sei. Der Beweis wurde am folgenden Abend in optima forma geführt. In Verlauf einer Stunde stellten mindestens ein Dutzend Pelze, Hüte und Mägen zu Boden, weil der Nagel in der Bürste, an welchen Clubisten ihre Kleider hängen wollten, kein wirklicher sondern nur ein täuschend gemalter war. Unter diesen Umständen ist der geforderte Preis von 1500 Mk. denn doch etwas hoch und im Allgemeinen sind uns die Führer in Wirklichkeit lieber als im Bilde. Ueberhaupt erregen einige Preise Verwunderung. Professor Lange fordert für seine „Mildebr Friedrich des Großen aus seiner Gefangenschaft in Kastrin“, ein Bild, das nach seiner Meinung ein ungewöhnliche Ansprüche rechtfertigt, die Kleinigkeit von 12000 Mark!! S. Schlage in Düsseldorf hat einen Urtel gemalt, wie er seinen Freunden die Bibel auslegt. Nicht charaktervoll ist ein gepanzt laufender Edelmann, aber doch nicht charaktervoll genug um den Preis von 6000 Mark zu rechtfertigen. Wer das Unglück hat, Schätze zu besitzen, der mag freilich richtig handeln, wenn er durch ungewöhnliche Preise aus der Gewöhnlichkeit zu treten sich bemüht.

Reichenburg, 11. Februar. Das Schmuggelgeschäft geht an unserer Grenze noch immer recht flott und etabliert bald neben, bald drüben kleine Kriegsschauplätze, auf denen manchmal erbittert gekämpft wird. So trafen unlängst bei der polnischen Ostschiff Chorzel (Kreis Plock), ganz nahe unserer Grenze, russische Grenzreiter mit Schmugglern zusammen. Es kam zu einem Kampf, in dem die Schmuggler den Kürzeren zogen und die Flucht ergreifen mußten. Auf der Flucht wurde ein Schmuggler von einem Grenzreiter durch einen Schuß so schwer verwundet, daß er nach kurzer Zeit starb. Ein anderer Schmuggler wollte sich über einen Fluß flüchten, brach aber durchs Eis und ertrank.

Anzeigen.

Mineral-Seife,

das beste und billigste Waschmittel mit bleichender Eigenschaft, pro Stück 20 Pf., empfiehlt

Wilhelm Pott.

100 Dtzd. Untertassen,

zu **Blumentopf-Untertassen** geeignet, empfang in zwei Größen und empfehle dieselben pro Stück 6 Pf.

Carl Goetz,

Friedr.-Wilh.-Str. No. 13.

Magen- u. Darmkatarrh,

chronische Leiden, auch Verschleimung der Verdauungsorgane und die so zahlreichen Neben- und Folgeleiden heilt **J. J. Popp**, Heil- u. Holstein. Man fasse nur Vertrauen; auf Wunsch der Patienten erfolgt zunächst die 120 Seiten starke Broschüre und alles Nähere ohne Kosten.

(Empfehlung.) Ich bin durch den Gebrauch Ihrer Kur von meinem

Magenleiden

befreit, welches ich mir im vorigen Herbst zugezogen hatte und welches zu vertreiben ich bereits die verschiedensten anderen Mittel erfolglos angewandt hatte u. s. w.

Friedrichsfelde b. Bärwalde, 5./2. 78.

W. Schmidt.

Attestirt: Der Gutsvorsteher Holzhausen. L. S.

Von jenseits des Mittelmeers.

Alexandrien in Egypten.

Es ist in Wien ein weißer Brust-Syrup oder Fruchtbrustsaft von Mayer in Breslau zu haben, ich bitte Sie, mir davon sofort unter Nachnahme zu senden.

Fried. Hoffmann, Buchhandlung.

Obiges weltberühmtes Haus- und Genußmittel ist vorrätig bei **Robert Schmidt** in Memel.

Eine ländliche Besitzung von 100 Morgen ist Umstände halber sogleich zu verkaufen. Käufer erfahren das Nähere bei Kaufmann Herrn **Bonk** in Memel.

Formulare zu Bauanschlägen

zu haben bei **F. W. Siebert.**

Wegen Aufgabe des Materialwaaren-Geschäfts verkaufen sämtliche Artikel zu ganz enorm billigen Preisen. Auf diesen Gelegenheits-Einkauf machen sämtliche Hausfrauen aufmerksam

Albert Wilck Nachf.

Thee.

neue directe Sendung, vorzüglich schön, in Original-Packung auch ausgewogen, empfiehlt billigt

R. Gutzzeit.

Emser Pastillen,

aus den festen Bestandtheilen des Emser Wassers unter Leitung der Administration der König Wilhelms Felsenquellen bereitet, von bewährter Heilkraft gegen die Leiden der Respirations- und Verdauungs-Organen, in plombrirten Schachteln mit Controllstreifen vorrätig in Memel bei Apotheker **E. Berger** und bei Apotheker **Th. Groening**.

Engros-Versand: Magazin der Emser Felsenquellen in Cöln

Süßte-Micht

*) von **L. H. Pietsch & Co.** in Breslau, Honig Kräuter-Malz-Extrakt und -Caramellen*).

*) Zu haben in Memel in der kgl. priv. Grünen Apotheke des Herrn **Ed. Tacht.**

Gutachten

des Herrn **Dr. med. Michaelis**. Ihren Honig-Kräuter-Malz-Extrakt habe ich speciell nach seiner Zusammenfassung und Wirkungsart geprüft und empfehle selbigen sowohl gegen catarrhalische Affektionen der Athmungs-Organen, als auch gegen chronisch entzündliche Zustände der Lungen und des Kehlkopfes, gegen anhaltenden quälenden Hustenreiz und beginnende Tuberculose.

Dr. med. Michaelis, pract. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer. Außer zahlreichen Anerkennungen besitzen wir auch ein Dankschreiben **Sr. Hoheit des Herzogs Ernst II. von Coburg-Gotha**.

Ein kleiner Pferdefall (Zachwerk) ist zum Abbruch zu verkaufen. Näheres Zischersstraße Nr. 9/10.

Ein guter Kleiderschrank ist zu verkaufen. Quellsstraße Nr. 1.



Memel Apoth. Herr **E. Berger**.

Spiegelglas

wird in alten Rahmen schnell und billigst eingesetzt. **Carl Goetz.**

Friedr.-Wilh.-Straße 13.

Gute Bettfedern hat zu verkaufen

J. Schmidt, Marktstraße No. 11, Eingang von der Thomassstraße.

3000 Mark

werden auf ein städtisches Grundstück gegen genügende Sicherheit von gleich gesucht. Versiegelte Offerten unter **L. B.** nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

500 Thlr. sind zur ersten Stelle zu vergeben. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein Knabe ordentlicher Eltern, der die Conditorei erlernen will, kann sofort eintreten bei **Arthur Meyer**.

Eine anständige Frau, die gut näht, auch das Ausbessern von Herren-Kleidern versteht und nicht viel bezahlt nimmt, möchte in Häusern beschäftigt sein. Das Nähere in der Expedition dieses Blattes.

Ein trockenes Zimmer nebst Küche und Holzstall, in der Nähe der Töpfer-, Polangen-, Vibauerstraße oder auf dem Rosgarten gelegen, wird binnen Kurzem von einem anständigen Miether zu mieten gesucht. Offerten unter **A. Z.** wemöglich mit Preisangabe, in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Ein möblirtes Zimmer nebst Beheizung und Bedienung wird von einem einzelnen Herrn von sofort gesucht. Adressen beliebe man unter **P. P.** in der Exp. d. Bl. niederzulegen.

Eine Amme wird gesucht

Töpferstr. 4, oben.

Logie mit Beköstigung miethefrei

Nippenstraße 5.

Zu verm. vom 1. April eine untere Wohnung von 2 Zimmern und Cabinet nebst Zubehör im reform. Predigerhause.

Eine Oberwohnung von 3 Zimmern vom 1. April zu vermieten

Unterstraße Nr. 12.

Die von mir bis jetzt benutzte große Wohnung von 5 Zimmern mit allen Bequemlichkeiten und schöner Aussicht ist zu vermieten.

A. Scharfetter, Marktstraßenende 16.

Eine untere Wohnung von 2 Zimmern nebst Zubehör ist Grabenstr. 11/13 zu verm.

Eine elegante untere Wohnung mit allen Bequemlichkeiten ist zum 1. April miethefrei, wie eine Oberstube mit auch ohne Möbel von sogleich Linden-Allee 15.

Eine Wohnung von 2 bis 3 Zimmern, Kammer, Sparherd, Bleiche, wenn gewünscht, mit großem Garten, zu vermieten

Witte, Hügelstr. 2.

Ein Ladenlokal,

welches sich zum Fuß-, Weißwaaren- oder Cigarren-Geschäft gut eignet, auf Wunsch auch Wohnung dazu, ist zu vermieten

Friedrich-Wilhelmstraße 14. 15.

J. Witt.

Ein Eisen- und Kurzwaaren-

Geschäfts-Lokal nebst Wohnung und Zubehör, auch zu jedem andern Geschäft geeignet, ist Tilsit, Deutsche Straße, per 1. April d. J. beziehb. zu verpachten. Nähere Auskunft erteilt

A. H. Goedeke,

Tilsit, Hospitalplatz No. 5.

Auctions-Termin.

Bekanntmachung.

Verschiedene im Wege der Execution abgepfändete Gegenstände, namentlich: 6 Schafe und 2 Lämmer, 3 Schweine und 3 Ferkel, 2 Kälber, 14 Hühner, 1 Klapperwagen, sollen im Termine

Dienstag, den 18. Februar 1879,

Nachmittags 3 Uhr,

auf dem Grundstück des Wirths Janis Rairaitis zu Rybsken-Grütz durch unsern Commissarius gegen baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Memel, den 31. Januar 1879.

Königl. Kreisgericht.

Erste Abtheilung.